



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 181

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 181

---

vom 7.11.2017

---

del 7/11/2017

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo  
Dr. Thomas Widmann

Presidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 181

vom 7.11.2017

**Inhaltsverzeichnis**

Aktuelle Fragestunde. . . . .Seite 1

Beschlussantrag Nr. 454/15 vom 6.8.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Atz Tammerle und Knoll, betreffend Einrichtung einer Gesamt-Tiroler Notrufzentrale, einer Berg- und Flugrettung sowie eines Wetter- und Lawinenwarndienstes: Tirol rückt wieder ein Stück näher zusammen!. . . . . Seite 25

Beschlussantrag Nr. 756/17 vom 11.4.2017, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend die Zusammensetzung des Wohnbaukomitees. . . . .Seite 30

Beschlussantrag Nr. 818/17 vom 8.9.2017, eingebracht von den Abgeordneten Tinkhauser, Mair, Blaas, Oberhofer und Zingerle, betreffend gewerbliche Schutzrechte für Klein- und Mittelunternehmen. . . . .Seite 32

Beschlussantrag Nr. 830/17 vom 13.10.2017, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Foppa, betreffend im Sinne von Transparenz: Die Tagesordnung der Landesregierung soll weiterhin vor jeder Sitzung veröffentlicht werden. . . . .Seite 35

Beschlussantrag Nr. 831/17 vom 17.10.2017, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Arbeitsgruppe im Landtag über WOBI-Wohnungen und entsprechende Beiträge. . . . .Seite 38

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 181

del 7/11/2017

**Indice**

Interrogazioni su temi di attualità. . . . . pag. 1

Mozione n. 454/15 del 6/8/2015, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante istituzione di un servizio sanitario di urgenza ed emergenza, di un soccorso alpino e un elisoccorso, di un servizio meteo e di prevenzione valanghe per tutte le parti del Tirol storico all'insegna di una rinnovata unità. . . . . pag. 25

Mozione n. 756/17 dell'11/4/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante la composizione del comitato per l'edilizia residenziale. . . . . pag. 30

Mozione n. 818/17 dell'8/9/2017, presentata dai consiglieri Tinkhauser, Mair, Blaas, Oberhofer e Zingerle, riguardante diritti di proprietà industriale per le piccole e medie imprese. . . . . pag. 32

Mozione n. 830/17 del 13/10/2017, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante nell'ottica della trasparenza bisogna continuare a pubblicare in anticipo l'ordine del giorno delle sedute della Giunta provinciale. . . . . pag. 35

Mozione n. 831/17 del 17/10/2017, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante assegnazione alloggi IPES e contributi: tavolo consiliare. . . . . pag. 38

## Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo

Ore 14.30 Uhr

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si è giustificato il consigliere Knoll.

Si comunica che le interrogazioni in scadenza a risposta scritta hanno ricevuto regolare risposta.

Per quanto riguarda le interrogazioni di attualità del mese di ottobre anche queste hanno ricevuto risposta entro il termine stabilito.

Punto 1) all'ordine del giorno: "**Interrogazioni su temi di attualità.**"

Punkt 1 der Tagesordnung: "**Aktuelle Fragestunde.**"

**Interrogazione n. 1/11/17** del 9/10/2017, presentato dalla consigliera Mair, riguardante: Di nuovo corsi di arabo per le forze dell'ordine. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Zum wiederholten Male nahmen Vertreter der Ordnungskräfte an einem Kurs für arabische Sprache und Kultur teil. Der Kurs wurde von der Abteilung „Italienische Kultur" unterstützt.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Wie hoch waren die Kosten für die besagten Arabischkurse für die Ordnungskräfte?
2. Welche Konvention zwischen dem Italienischen Kulturressort des Landes und den staatlichen Ordnungskräften existiert zur Rechtfertigung der anfallenden Ausgaben?
3. Aus welchen Gründen fördert das Italienische Kulturressort die Bildung von Parallelgesellschaften und bestärkt diese in ihrer Haltung durch Arabischkurse für Ordnungskräfte?
4. Fördert das Italienische Kulturressort das Erlernen der italienischen oder deutschen Sprache bei arabischsprechenden Einwanderern? Wenn Ja, in welchem Ausmaß?
5. Von wem ging die erneute Initiative für die Arabischkurse für die Ordnungskräfte aus?
6. Warum werden die arabischsprachigen Personen in Südtirol nicht grundsätzlich angehalten die deutsche und italienische Sprache zu erlernen, um sich in der Öffentlichkeit und mit den Behörden verständigen zu können?
7. Welche weiteren Sprachen — außer Deutsch — sollen die Ordnungskräfte des Weiteren lernen?

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Angesichts der bedeutenden Migrationsflüsse, die in den letzten Jahren unser Land betreffen sowie der Tatsache, dass die Ordnungskräfte immer stärker die Notwendigkeit feststellen, die Besonderheiten anderer Kulturen kennenzulernen und sich Grundkenntnisse von Fremdsprachen anzueignen, zielt die Ausbildung in arabischer Sprache und Kultur darauf ab, die Herausgehensweise und die Dienste der Ordnungskräfte in Südtirol zu verbessern. Dies hat zweifelsohne Vorteile für die Sicherheit der Landesbevölkerung. Nachdem die ersten durchgeführten Sprachkurse auf großes Interesse gestoßen sind und mit Erfolg abgeschlossen wurden, hat es die Landesverwaltung für angemessen erachtet, weiterhin eine geeignete Sprachschule zu unterstützen, um die Ordnungskräfte weiter auf diesem nützlichen Weg zu neuen Kompetenzen zu unterstützen.

Zu Frage Nr. 1. Erste Auflage 2016: "Lingue Culture Sicurezza", Kosten € 1.368,00 für 24 zweiwöchentliche Treffen zu je 90 Minuten, 20 Teilnehmende.

Zweite Auflage, erstes Semester 2017: "Lingua e cultura araba", € 1.476,00 für 12 wöchentliche Treffen zu je 180 Minuten, 16 Teilnehmende.

Dritte Auflage, zweites Semester 2017 und erstes Semester 2018: € 3.280,00, 40 Stunden pro Semester, zweiwöchentliche Treffen, 18 Teilnehmende.

Teilgenommen hat das Personal der Carabinieri, der Staatspolizei, der Gefängnispolizei und der Finanzwache.

Zu Frage Nr. 2. Es wurde keinerlei Abkommen oder Konvention zwischen den Parteien unterzeichnet.

Zu Frage Nr. 3. Die Kosten für die Arabischkurse für die Ordnungskräfte wurden finanziert, da das Kommando der Carabinieri-Region alle verfügbaren Ressourcen für andere Zwecke verwendet hat, unter anderem für Kurse gemäß Punkt 7. Dazu kommen Kurse für Grenzpolizei, Kurse im Bergwesen, Erste-Hilfe-Kurse, Kurse im Schnellfahren für Einsatzfahrzeuge in Notsituationen, Kurse zur öffentlichen Ordnung, Kurse zu Einsatztechniken.

Der Kurs zu Arabischer Sprache und Kultur gehört zu den Tätigkeiten, um einer sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Realität zu begegnen, aber auch um die komplexe Migrationsproblematik anzugehen, die auch Südtirol betrifft, mit dem spezifischen Ziel, positive Effekte für alle zu erzielen, die in Südtirol wohnen, zuvorderst in den Bereichen Sicherheit und Prävention.

Zu Frage Nr. 4. Die Abteilung Italienische Kultur finanziert Italienischkurse für Eingewanderte. Deutschkurse für Eingewanderte hingegen liegen in der Zuständigkeit der Abteilung Deutsche Kultur.

Für Italienischkurse für Eingewanderte wurden 2017 folgende Mittel aufgewandt:

Beiträge aus Landesmitteln: € 260.000,00

Beiträge aus Mitteln der Region: € 50.000,00

Kurse mit staatlichen oder EU-Finanzierung (FAMI - Fondo Asilo, Migrazione, Integrazione): € 260.500,00

Zu Frage Nr. 5. Wie bei den vorhergehenden Auflagen, hat mein Ressort aufgrund des Interesses und der positiven Beteiligung und des bisherigen Erfolgs einen Beitrag an die zertifizierte Sprachschule CLS gewährt, für die Durchführung der Sprachkurse.

Zu Frage Nr. 6. Die jeweils zuständigen Ämter für die Erlernung des Italienischen bzw. des Deutschen als Fremdsprache gewähren Beiträge für diesen Zweck. Soweit dies die Abteilung Italienische Kultur betrifft, siehe Punkt 4.

Zu berücksichtigen ist auch der große Durchzug von Migrantinnen und Migranten Richtung Brenner, über die von diesen Personen gegebenenfalls erworbenen Sprachkenntnisse nichts bekannt ist.

Zu Frage Nr. 7. Die seit 2015 für die Carabinieri-Region Trentino-Südtirol durchgeführten sprachbildenden Maßnahmen – abgesehen von den Kursen zu arabischer Sprache und Kultur – sind die folgenden:

Deutsch-Intensivkurs im Ausmaß von 4 Monaten (36 Wochenstunden) für Personal ohne Deutschkenntnisse, mit dem Ziel der Einhaltung der Bestimmungen des Autonomiestatuts, welche den Bürgerinnen und Bürgern mit Wohnsitz in Südtirol das Recht geben, Ihre Sprache im Verkehr mit der öffentlichen Verwaltung zu verwenden.

Kurs in Deutscher Rechtsterminologie im Ausmaß von 6 Tagen, Zur-Verfügung-Stellung einer eigens ausgearbeiteten CD mit verschiedenen Formularen in Deutscher Sprache, um das Abfassen von Akten zu erleichtern;

Englisch, Französisch, Deutsch-, Spanisch-, Chinesisch- und Albanischkurse mit demselben Ziel der Arabischkurse, d.h. die bestmögliche Interaktion zwischen den Carabinieri und der lokalen Bevölkerung bei der Ausübung der institutionellen Aufgaben zu fördern.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich ersuche den Landesrat, dass er mir eine Kopie der Antwort aushändigt.

Bei der Bevölkerung draußen kommen diese Schlagzeilen nie gut an, weil wir in der Praxis der Realität ausgesetzt sind, dass die deutsche Sprache nicht beherrscht wird. Die Bürger haben das Recht, in Deutsch in ihrer Muttersprache sozusagen bedient zu werden und das funktioniert nicht. Das wird auch nicht funktionieren mit diesen Stunden, die Sie aufgezählt haben. Wir wissen alle, dass man in dieser Zeit, wenn Personal aus dem Süden zu uns kommt, nicht Deutsch lernen kann. Dasselbe wird auch mit der arabischen Sprache passieren. Ich habe auch oft genug mit den Sicherheitskräften gesprochen, die sagen, dass es in der Realität natürlich so ist, dass sie immer wieder Informanten ausgeliefert sind sozusagen, die bestimmte Sprachen sprechen bei Ermittlungen usw., dass sie dann auf diese Leute zurückgreifen müssen, um die

Übersetzungen zu bekommen, aber ich war vor zwei Wochen bei einem Vortrag eines Moslem dabei. Da wurde mir erst bewusst, wie viele arabische Sprachen es eigentlich gibt. Da frage ich mich, welche arabische Sprache die Carabinieri bei uns lernen. Wir grinsen alle, aber für mich stellt sich schon die Frage, ob das hier nicht, wenn man schon mit der Sicherheit argumentiert, eine Bereicherung für die Sicherheit der Südtiroler darstellen soll. Wir wissen nicht, in welcher Sprache effektiv diese Kurse ablaufen. Wir hören nur vom Arabisch lernen, aber wir wissen jetzt nicht, welche arabische Sprache erlernt wird. Die Frage stellt sich mir, ob es nicht sinnvoller wäre, an anderen Stellen die Hebel anzusetzen, um dafür zu sorgen, dass wir vielleicht weniger arabischsprechende Kriminelle im Land haben.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 8/11/17** del 10/10/2017, presentata dal consigliere Nogglar, riguardante il trasporto pubblico: l'obbligo di bilinguismo per il personale può anche non essere rispettato?

**NOGGLER (SVP):** Mit verschiedenen Anfragen ist die Frage der Verletzung der Zweisprachigkeitspflicht beim Personal der öffentlichen Mobilität aufgeworfen worden. Die Landesregierung hat geantwortet, dass das L.G. Nr. 15/2015 „bis auf wenige Ausnahmen“ ordnungsgemäß eingehalten werde. Dennoch wenden sich enttäuschte Bürger weiterhin an die Landespolitik, weil sie immer häufiger auf Busfahrer treffen, die kein Wort deutsch und/oder italienisch beherrschen. Zudem stehe ein Umbau des Personals der Busfahrer im Raum: es sollten mehrere Busfahrer aus Rumänien die einheimischen Fahrer ersetzen. Anscheinend würden bereits heute einige Fahrer mit einem rumänischen Fahrlehrer vorbereitet.

Dies vorausgeschickt, ergehen an das zuständige Mitglied der Landesregierung folgende Fragen:

1. Aufgrund welcher Bestimmung können Busfahrer den Dienst verrichten, obwohl sie nicht im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises sind?
2. Hat die Landesregierung als Konzessionsgeber Kenntnis darüber, ob es zutrifft, dass das bestehende Personal der Busfahrer durch Fahrer aus Rumänien ersetzt werden sollte?
3. Wie oft muss die Zweisprachigkeitspflicht durch einen Konzessionär übertreten werden, um die Aussetzung der Konzession oder den Ausschluss bei der Vergabe zur Anwendung zu bringen?
4. Wie viele Geldbußen wurden betreffend den Standard 6a über die Höflichkeit des Personals im Sinne des Beschlusses Nr. 3564/2003 eingefordert?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität – SVP):** Zu Frage Nr. 1. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die vorsieht, dass Busfahrer den Dienst verrichten können, obwohl sie nicht im Besitz des vorgesehenen Zweisprachigkeitsnachweises sind. Es ist aber vorgesehen, dass es wegen der Konzessionen notwendig und auch richtig ist, dass man die Zweisprachigkeit beherrscht, um nach außen zu kommunizieren. Laut Mitteilung der Konzessionäre werden die Bestimmungen zur Zweisprachigkeit gemäß Autonomiestatut mit wenigen durch den Mangel an zweisprachigen bedingten Ausnahmen eingehalten, Fahrer/Fahrerinnen, welche ab Abruf für Notfälle zur Verfügung stehen und jene, welche sich zurzeit auf die Zweisprachigkeitsprüfung vorbereiten. Allerdings wird festgestellt, dass für das Berufsbild des Busfahrers im öffentlichen Liniendienst der Zweisprachigkeitsnachweis D vorgeschrieben ist und dieser lediglich Basiskompetenzen elementare Sprachverwendungen laut gemeinsamer europäischer Referenz Rahmen für Sprachen in der Sprache erfordert. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass ein Fahrer/eine Fahrerin, obwohl im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises D, in manchen Situationen sprachlich auch überfordert ist.

Zu Frage Nr. 2. Es liegt im Ermessen des Verkehrsunternehmens Busfahrer/Busfahrerinnen aus anderen EU-Ländern zu beschäftigen, sofern sie die vorgeschriebenen Voraussetzungen, unter anderem die Zweisprachigkeit erfüllen.

Zu Frage Nr. 3. Laut Artikel 2 Absatz 5 des DPR Nr. 574/88 "Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol über den Gebrauch der deutschen und ladinischen Sprache in den Beziehungen zur öffentlichen Verwaltung und in den Gerichtesverfahren" wird bei Nichtbefolgung der entsprechenden Bestimmungen eine Verwaltungsstrafe verhängt und bei Rückfall kann die für die Erteilung der Konzession zuständige Behörde die Aussetzung der Konzession für höchstens ein Jahr verfügen oder das Konzessionsunternehmen von dem Verfahren zur Erteilung der entsprechenden Konzession ausschließen. Die Zuständigkeit für die Verhängung von Sanktionen bei Verstößen gegen die Bestimmungen über den Gebrauch der deutschen Sprache liegt gemäß Artikel 2 Absatz 5 DPR Nr. 574/88 ausschließlich beim Regierungskommissariat für die Provinz Bozen.

Zu Frage Nr. 4. Die vom Beschluss Nr. 3564/2003 vorgesehenen Geldbußen sind im Zusammenhang mit den vom denselben Beschluss geregelten Dienstverträgen zu sehen. Diese wurden für eine Dauer von drei Jahren für die Jahre 2004, 2005 und 2006 abgeschlossen und nicht erneuert. Es wurden keine Geldbußen betreffend Höflichkeit und Fahrverhalten der Fahrer verhängt.

**NOGLER (SVP):** Ich habe leider nicht alles verstanden, aber Sie werden mir sicherlich noch die Unterlagen aushändigen.

Die Realität sieht aber ganz anders aus. Sie sieht so aus, dass speziell in der Peripherie – ich weiß nicht, wie sie in der Stadt ist – die Fahrer weder die deutsche noch die italienische Sprache beherrschen, auch nicht wissen, wann jemand aussteigen will und die Leute sich sehr über diese Situation beklagen. Deshalb glaube ich einfach, dass es unbedingt erforderlich ist, so wie Sie es in Ihrem Gesetz zur Mobilität vorgesehen haben, dass Strafen verhängt werden, dass Konzessionen widerrufen werden, dass Sie diesbezüglich auch tätig werden. Sonst werden wir wahrscheinlich unsere Leute als Busfahrer nicht schützen können, denn es werden weiterhin externe rumänische Fahrer wahrscheinlich diesen Dienst verrichten.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 2/11/17** del 10/10/2017, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante l'ennesimo dramma dell'accoglienza negata. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nella notte tra sabato 7 e domenica 8 ottobre un minore disabile curdo-irakeno è morto dopo aver riportato delle fratture dovute alla caduta a causa di una barriera architettonica e dopo aver passato insieme alla famiglia (genitori con altri 3 fratellini più piccoli) diverse notti all'addiaccio o in sistemazioni precarie, senza avere mai avuto possibilità di accesso alle strutture di accoglienza.

Si chiede alla Giunta:

1. Quando, in che forma e in quali termini la Provincia è venuta a conoscenza del caso di questa famiglia e del minore disabile?
2. Qual è la ricostruzione dei fatti da parte della Provincia?
3. Quali e di chi sono le responsabilità politiche e amministrative delle decisioni prese per questo caso specifico, in particolare della non accoglienza in strutture pubbliche?
4. Perché il minore disabile, i suoi genitori e i fratellini non sono stati accolti, pur risultando tra i soggetti vulnerabili con diritto alla piena accoglienza? La negazione all'accoglienza è stata determinata dalle circolari della Ripartizione politiche sociali della Provincia del 29 settembre e 3 ottobre 2016 nel 2016 sui soggetti vulnerabili?
5. Se sì, la Provincia ha intenzione di ritirarle?
6. Non ritiene la Giunta che come indirizzo politico sia da adottare il principio che il soccorso umanitario debba avere la precedenza rispetto a tutti gli aspetti e cavilli burocratici?
7. Che misure verranno prese ora per la famiglia del minore morto? E per tutti i soggetti vulnerabili ancora esclusi dalle strutture di accoglienza e costretti a dormire al freddo?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Die Ergebnisse der Recherchen zum Verlauf der Anwesenheit der Familie in Südtirol sind von mir in der Pressekonferenz der Landesregierung am 10. Oktober dargelegt worden. Ich händige Ihnen dann gerne die Chronologie dessen aus, wie ich es damals vorgebracht habe und was wir recherchiert haben. Die Chronologie des Aufenthalts der Familie ist dann auch in den Medien entsprechend veröffentlicht worden. In der beiliegenden Chronologie wurde bereits angeführt, welche Schritte zwischen den beteiligten Partnern als Handlungsbedarf definiert worden sind, die ich jetzt nochmals ausführen darf.

Zum Ersten. Die Verfahren für den Umgang mit Personen, die selbständig nach Südtirol aus anderen Staaten oder aus anderen Regionen gelangen, müssen zusammen mit dem Staat überprüft werden. Bereits in der Vergangenheit wurde von Seiten des Landes auf alle kritischen Aspekte der derzeitigen Situation hingewiesen, die für Länder wie für Südtirol, aber auch für Friaul zum Beispiel genauso gelten, die eine hohe Anzahl von sich selbständig bewegend und sich aufhaltenden Personen nach sich ziehen.

Zum Zweiten. Die Kriterien für die Notaufnahme, wie es unter Anführungszeichen von Personen, welche noch nicht Asylbewerber sind und noch nicht in die staatliche Zuweisung fallen, werden überprüft und



bei Bedarf revidiert. Sie sollen möglichst objektiv formuliert sein und die Notwendigkeit von Einzelfallbewertungen überwinden, da diese für die involvierten Stellen schwierig und äußerst belastend ist.

Zum Dritten. Die Abstimmung und Kommunikation zwischen den involvierten Stellen muss verbessert werden. Dies gilt nach Möglichkeit auch für die Personen und Freiwilligen, die sich selbständig um solche Situationen kümmern. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass man doppelgleisig vorgeht und dies auch mit Zeitverlusten verbunden ist. Es haben dazu in letzter Zeit, wie Sie auch mitbekommen haben, bereits Treffen zwischen allen Beteiligten, Institutionen und Partnern stattgefunden. Weitere werden folgen. Das Ziel bleibt, dass wir zwei Grundpfeiler versuchen, damit das auch umzusetzen und zu garantieren, einerseits die Humanität und andererseits auch selbstverständlich die Rechtsstaatlichkeit.

Ich möchte in diesem Plenum vor der Gefahr warnen, solche Situationen zu instrumentalisieren. Mehr möchte ich dazu an dieser Stelle nicht sagen.

Wir wissen alle, wie kontrovers das Thema Flüchtlinge diskutiert wird und wie polarisiert die Meinung dazu in der Bevölkerung ist. Ich denke, das haben einige durchaus auch miterleben können und andere haben es wahrscheinlich den Zeitungen entnehmen können.

Ein sachlicher Umgang mit solchen Themen ist besonders für uns als politische Akteure unabdingbar. Die weiteren Punkte, die Sie angefragt haben, würde ich Ihnen gerne aushändigen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Mi dispiace assessora che Lei abbia riletto quelle quattro cosette burocratiche che avete presentato alla conferenza stampa. Quella che Lei ha chiamato 'la ricerca' a nostro parere è una ricerca che fa acqua da tutte le parti e che ha bisogno di chiarimenti. Io Le pongo qualche domanda.

La prima è questa: voi avete detto durante la conferenza stampa che da nessuna parte è stato chiesto che da nessuna parte è stata fatta la richiesta che la famiglia fosse accolta in una struttura pubblica. L'ultimo ricovero in ospedale è stato fatto tra il 7 e l'8, dove il bambino è morto, però c'era stato un ricovero il 4 e il bambino era stato dimesso dall'ospedale. A me risulta, e Le domando se a Lei risulta, che l'ospedale e in particolare la coordinatrice dell'ambulatorio STP, referente dell'azienda sanitaria per i profughi, vi abbia inviato un'e-mail alle ore 10.09 del 4 ottobre 2017, in cui con allegato certificato medico chiedeva ai servizi sociali e all'ufficio distretti sociali della Provincia, quindi al Suo assessorato, di reperire un appartamento per questo bambino, date le condizioni sanitarie con cui usciva dall'ospedale. Questa è la prima questione, la prima domanda; Le risulta che sia arrivata questa e-mail, e chi ha risposto? C'è stata una risposta a questa e-mail della stessa azienda sanitaria, chi ha risposto e che cosa ha risposto? Mi basta questa risposta. Spero che non sia una risposta formale.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Das sind alles Nachforschungen, die jetzt von offizieller Seite angestellt werden. Wenn diese da sind, dann werde ich Sie Ihnen gerne mitteilen.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 10/11/17** del 10/10/2017, presentata dal consigliere Pöder, riguardante la realizzazione di un archivio per la musica leggera. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Am 05.05.2010 wurde der Beschlussantrag Nr. 129/09-XIV der Kollegen Heiss und Dello Sbarba vom Landtag mehrheitlich angenommen. Dieser sah vor, "das Amt für Audiovisuelle Medien zu einer Vorstudie über den Aufbau eines Archivs für U-Musik anzuweisen. "Ich teile den Grundtenor des Antrages, dem ich seinerzeit auch zugestimmt habe, dass es unerlässlich ist, die in unserem Land geschaffene Musik über die Grenzen von Stilrichtungen hinweg Wert zu schätzen und dementsprechend zu archivieren. Ob dies nun wie um Antrag angeführt Jazz, Blues, Unterhaltungsmusik oder darüber hinaus Metal, Punk oder HipHop sei, ob Tonträger, Plakate oder Gadgets, es ist unerlässlich, die Fülle an Südtiroler Kreativität für die Nachwelt zu erhalten.

Dies vorausgeschickt, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde mit der Umsetzung des Beschlussantrages begonnen?
2. Falls dies zutrifft, wie weit sind die Arbeiten vorangeschritten?
3. Falls dies zutrifft, bis wann wird das Archiv soweit fortgeschritten sein, dass es der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann?
4. Falls dies nicht zutrifft, aus welchen Gründen und wann werden die Arbeiten beginnen?

5. Welche Musikrichtungen werden im Archiv berücksichtigt werden? Welche Musikrichtungen werden nicht berücksichtigt? Aus welchen Gründen?

**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Zu Frage Nr. 1. Es wurde nach der Genehmigung im Jahre 2010 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat damals ein Konzept ausgearbeitet und die verschiedenen Schritte festgelegt. Es wurde anschließend zuallererst erhoben, welche Software für dieses Archiv die passende Software wäre. Diese Software ist gefunden worden, ist erworben worden. Man ist nun bereits dabei, verschiedene Sammlungen, unter anderem derzeit eine Sammlung eines namhaften Südtiroler Musikkenner in dieses Online Archiv einzuarbeiten und parallel wird auch eine Webseite ausgearbeitet, wo Sie dann zur Urmusik Zugang haben werden.

Zu Frage Nr. 3. Bis Ende 2018 wird dieses Archiv zugänglich sein und auch für alle zugänglich sein über diese Plattform.

Damit erübrigt sich die Frage Nr. 4.

Zu Frage Nr. 5. Es sollen grundsätzlich sämtliche Musikrichtungen berücksichtigt werden.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank, Herr Landesrat! Für diesen löblichen Antrag der Kollegen Heiss und Dello Sbarba wurden doch einige Schritte unternommen. Wie Kollege Heiss mich gerade informiert hat, wären einige Sammler auch noch bereit, ihre Sammlungen abzugeben, wenn dann auch ihre diesbezügliche Aktivität entsprechend gewürdigt würde. Natürlich ist das auch immer in diesem Zusammenhang mit dabei. Das sei dann noch mit auf den Weg gegeben.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 29/11/17** del 18/10/2017, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante: L'assessore Philipp Achammer presente ai campionati mondiali dei mestieri ad Abu Dhabi. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Bei der heurigen Berufsweltmeisterschaft, die in Abu Dhabi stattfand, war Landesrat Philipp Achammer anwesend, so wie bereits im Jahr 2015 bei der Berufsweltmeisterschaft in Brasilien. Allerdings ist Landesrat Philipp Achammer für das Handwerk nicht zuständig.

Die Gefertigten stellen folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Wer hat die Reise von Landesrat Philipp Achammer nach Abu Dhabi bezahlt?
2. In welcher Funktion war Landesrat Philipp Achammer bei der Berufsweltmeisterschaft in Abu Dhabi anwesend? Als Schullandesrat?

**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Auf diese Frage habe ich sogar schon vor dem Start zur Berufsweltmeisterschaft gegenüber Medien geantwortet. Das war unter anderem in der Tageszeitung abgedruckt. Wie bereits 2015 schon in Sao Paulo habe ich diese Reise voll selbst bezahlt und ich war als Landesrat für Berufsbildung – ich denke, dass es dafür schon eine Argumentation gibt – anwesend, so wie in der Vergangenheit viele andere Landesräte für Wirtschaft von der Berufsbildung auch bei der Berufsweltmeisterschaft anwesend waren, um unseren Südtiroler Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Daumen zu drücken.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Zimmerhofer rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 43/11/17** del 27/10/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante lo smaltimento dei rifiuti delle aree di servizio lungo l'A22. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Considerato che dal 2017 l'A22 cura l'asporto dei rifiuti dalle piazzole e dalle aree di servizio (piazzali e distributori).

si interroga l'assessore competente per sapere

se alla società partecipata Ecocenter vengono conferiti rifiuti da parte della Autobrennero Spa – direttamente o tramite imprese del settore a cui è stato affidato l'incarico – e in caso affermativo, se vengono interamente smaltiti nell'inceneritore di Bolzano Sud.



**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Nach Rücksprache mit der Umweltagentur kann auf die einzelnen Fragen wie folgt Stellung genommen werden.

Die Raststätten der A22 erzeugen sowohl Hausabfälle als auch Sondermüll. Die Hausabfälle müssen über die Restmüllsammeldienste der jeweils zuständigen Gemeinden gesammelt und anschließend der Verwertung bzw. Entsorgung zugeführt werden. Die Sammlung und Entsorgung und Verwertung der Sonderabfälle muss hingegen über spezialisierte und dafür ermächtigte Unternehmen und Anlagen erfolgen. Damit werden auf der A22 mehrere Entsorgungssysteme wirksam. Dem Eco-Center können nur jene Hausabfälle zugeführt werden, die über den Restmüllsammeldienst der jeweils zuständigen Gemeinde eingesammelt und entsorgt werden müssen. Die Anlieferung dieser Abfälle erfolgt gemeinsam mit den im jeweils restlichen Gemeindegebiet eingesammelten Hausabfällen. In der thermischen Müllverwertungsanlage Bozen kann in diesen Fällen nicht unterschieden werden, welche Hausabfälle von den A22-Raststätten kommen und welche von anderen Abfallerzeugern in der jeweiligen Gemeinde. Die von den Gemeinden an den Raststätten der A22 eingesammelten Hausabfälle werden, sofern nicht verwertbar, in der thermischen Müllverwertungsanlage Bozen behandelt. Der anfallende Sondermüll wird in Abhängigkeit seiner Eigenheiten, wie bereits erwähnt, über gesonderte Systeme entsorgt.

Die von den Medien berichtete Tatsache, dass die von den Raststätten produzierten Hausabfälle direkt von der A22 eingesammelt und einer Entsorgung zugeführt werden, verstößt gegen Artikel 9 des Landesgesetzes Nr. 4 aus dem Jahr 2006. Die Gemeinden haben die ausschließliche Zuständigkeit für die Sammlung und den Transport der Hausabfälle, die der Wiederverwertung und der Beseitigung zugeführt werden. Sie üben diese Zuständigkeit in den Formen laut Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung aus.

Im Sinne der Autonomie der Gemeinden im Bereich der Bewirtschaftung der Hausabfälle muss nun die Gemeinde Pfatten die entsprechenden Schritte in die Wege leiten.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Eine kurze Zusatzfrage. Sie haben meiner Zusatzfrage eigentlich schon vorweg gegriffen. Diese sogenannte "privativa" gibt es auch für die Gemeinden im Trentino. Davon ist meines Erachtens die Gemeinde Lavis am meisten betroffen. Sie bestätigen also, dass die Einsammlung dieses Mülls der "privativa" den Gemeinden obliegt und nicht von anderen Subjekten gemacht werden kann. Ich ersuche, dass Sie mir eine Kopie der schriftlichen Antwort aushändigen.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 9/11/17** del 10/10/2017, presentata dal consigliere Zingerle, riguardante la celebrazione della messa nelle scuole dell'Alto Adige. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ZINGERLE (Die Freiheitlichen):** Vor einigen Wochen begann für Südtirols Kinder und Jugendliche das neue Schuljahr. Die Katholische Religion ist dabei ein Teil des Unterrichtes und des Schuljahres. Neben einem Eröffnungsgottesdienst sind auch die Abschlussgottesdienste bekannt. Eltern berichten allerdings, dass in einigen Schulen keine Eröffnungs- oder Abschlussgottesdienste mehr stattfinden.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. In wie vielen Grund- und Mittelschulen Südtirols wird kein Eröffnungs- bzw. Abschlussgottesdienst angeboten? Bitte um Angabe der betreffenden Schulen für die Schuljahre 2016/2017 und 2017/2018 sowie Prozentangabe im Verhältnis zur Anzahl aller Grund- und Mittelschulen Südtirols.

2. Wie hat sich das Angebot an Eröffnungs- bzw. Abschlussgottesdiensten in Grund- und Mittelschulen in den letzten zehn Jahren in Südtirol entwickelt? Bitte um eine statistische Angabe der geänderten Angebote.

3. Sollte sich ein negativer Trend feststellen lassen, welche sind die Gründe, dass keine Eröffnungs- bzw. Abschlussgottesdienste für Grund- und Mittelschüler mehr angeboten werden?

**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Vielleicht kann dann anschließend Landesrat Tommasini antworten.

Für meinen Teil kann ich nur Folgendes sagen und die Fragen Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 etwas zusammennehmen. Wir haben keine Erhebung und sehen auch keinen Anlass für eine Erhebung zu Gottesdiensten genauso wie nicht zu Martinsfeiern – diesbezüglich haben wir auch mehrmals Anfragen gehabt - oder zu Nikolausfeiern. Wir sehen schlichtweg nicht die Notwendigkeit der autonomen Schulen, hier eine Erhebung

zu machen. Es ist Aufgabe bzw. auch Entscheidung der autonomen Schule selber, in welcher Form die Eröffnungsfeier stattfindet, aber insgesamt legen wir großen Wert darauf, dass auch feierliche Anlässe und Gottesdienste stattfinden. Das tun die Schulen selber auch. Uns wäre kein Negativtrend, wie Sie es sagen, erkennbar. Wenn es Rückmeldungen zu spezifischen Orten gibt und man hier nach den Beweggründen fragen kann, dann können Sie mir diese gerne vorlegen. Dann können wir eventuell auch gerne nachfragen. Negativtrend nehmen wir keinen als solchen wahr. Damit sind im Grunde genommen alle drei Fragen schon beantwortet.

Ich kann nur noch einmal wiederholen, dass eine Feierkultur insgesamt auch in Form von Feiern, die auch der Begegnung dienen usw. für die Schule wichtig ist, wie auch das Gestalten feierlicher Anlässe und auch das Einbinden. Das wird in den entsprechenden Schulgremien, im Schulrat, im Kollegium so vereinbart, auch das Einbinden der Religion oder auch des Gottesdienstes zu Beginn und zu Ende des Schuljahres. Wenn es hier andere Rückmeldungen gibt, dann ersuche ich, diese auszuhändigen.

**ZINGERLE (Die Freiheitlichen):** Danke für die Antwort. Zufrieden kann ich mit dieser Antwort nicht sein. Wenn Rückmeldungen kommen und sich Eltern beklagen, dass keine Gottesdienstfeiern mehr stattfinden und ich dann der Sache nachgehen möchte und keine Antwort bekomme in diesem Sinne, dann weiß ich auch nicht, was die Lösung ist. Vielleicht muss ich bei allen Schulen einzeln nachfragen. Ich ersuche um die Aushändigung einer Kopie der schriftlichen Antwort. Danke schön inzwischen.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 7/11/17** del 10/10/2017, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: Denunciati gli oppositori dei pesticidi. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Den Medien entnehmen wir, dass Landesrat Schuler Strafanzeige gegen das Münchner Umweltinstitut und gegen Autor Alexander Schiebel erstattet hat. Der Klage schließen sich offenbar nach und nach mehrere Verbände an.

Wir fragen in diesem Zusammenhang die Landesregierung:

1. Was ist der genaue Vorwurf des Landesrates gegen die beiden Akteure?
2. Wann und bei wem wurde die Anzeige hinterlegt? Welche Behörde ist für die Anzeige gegen das Umweltinstitut zuständig?
3. Wie begründet der Landesrat den institutionellen Auftrag in dieser Sache?
4. Teilen die restlichen Mitglieder der Landesregierung die Haltung des Landesrates?
5. Werden der öffentlichen Hand aus dieser Anzeige Kosten erwachsen (z.B. Anwalts- oder Gerichtskosten)? Wenn ja, auf welche Haushaltskapitel wird zurückgegriffen werden?
6. Ist der Landesrat auch in der Causa „Wellenzohn“, dessen Anlagen mit Glyphosat vergiftet wurden, rechtlich aktiv geworden?
7. Wie garantiert der Landesrat eine ausgewogene Debatte zum Thema Pestizide in Südtirol?

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Gerne gebe ich Antwort auf die vorgebrachten Fragen.

Zu Frage Nr. 1. Der Vorwurf ist die strafbare Handlung wegen übler Nachrede.

Zu Frage Nr. 2. Die Anzeige wurde am 26. September 2017 bei der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Bozen hinterlegt.

Zu Frage Nr. 3. Ich als Landesrat für Landwirtschaft stelle mich aus Überzeugung vor unserer heimischen Landwirtschaft. Aussagen wie wenn Kinder sozusagen am Kinderspielplatz vergiftet werden und andere Unwahrheiten kann man so sicher nicht stehen lassen und können nicht toleriert werden und auch andere Aussagen, die gemacht worden sind. Wenn man diese so stehen lassen würde, dann würde man jenen, die diese Vorwürfe machen, irgendwo recht geben. Dann heißt es, sie würden sich wohl wehren, wenn es nicht stimmen sollte. Ich glaube, dass jeder das Recht hat, sich gegen Falschaussagen entsprechend zu wehren, überhaupt wenn diese dann auch wissenschaftlich belegt sind. Ich glaube, dass dies auch Vertretern der Oppositionsparteien gut anstehen würde, anstatt jene zu unterstützen, die solche ungerechtfertigten Vorwürfe machen, dass man sich vor den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes stellt, die hier in ein falsches Licht gerückt werden.

Zu Frage Nr. 4. Diese Initiative war nicht abgesprochen. Diese habe ich aus meiner freien Überzeugung getroffen.

Zu Frage Nr. 5. Ausgaben werden dem Land keine erwachsen, weil diese Anzeige bei der Staatsanwaltschaft hinterlegt worden ist. Dafür braucht man weder einen Rechtsanwalt noch sonst entstehen für das Land Spesen.

Zu Frage Nr. 6. Zur causa "Wellenzohn", dessen Anlagen mit Glyphosat vergiftet wurden. Zur Klärung. Der Fall "Wellenzohn" ist der letzte einer Reihe von Anschlägen gewesen in diesem Jahr. Zuerst waren vier Anschläge im unteren Vinschgau zu verzeichnen, ein sogenannter konventioneller Betrieb, zwei Umstellungsbetriebe und ein Biobetrieb, deren Bäume mit Glyphosat bespritzt worden sind. Den Fall der Talferwiesen kennen wir auch, wo Glyphosat in den Rasen der Talferwiesen gebrannt worden ist und dann als sechsten Fall den Fall "Wellenzohn", Biobauer in Schlanders. Der einzige rote Faden, der sich hier durchzieht, ist, dass bei allen sechs Anschlägen diese mit Glyphosat verübt worden sind. Ansonsten ist beim besten Wissen und Gewissen kein Zusammenhang erkennbar. Wenn, so wie jetzt behauptet wird oder worden ist, im Fall Wellenzohn jene diesen Anschlag verübt haben, die einen besonderen Zorn auf ihn gehabt hätten, dann kann das sein, ich weiß es aber nicht, aber dann müssten zwei oder drei verschiedene Täter wohl tätig gewesen sein. Was für ein Interesse hätte ein Bauer, in den Talferwiesen Glyphosat hineinzubrennen? Das soll mir jemand erklären. Das ist sehr mysteriös. Es wäre sehr wichtig und würde mich, nicht nur die Betroffenen sehr freuen, wenn man die oder den Schuldigen finden würde, dass diese Spekulationen auch aufhören, weil jemanden Unrecht getan ist schnell. Auf jeden Fall sind alle sechs Fälle aufs Schärfste zu verurteilen, denn es bringt niemandem etwas, solche Dinge zu verüben. Mir tut es sehr leid um die betroffenen Bauern, denn man kann sich vorstellen, dass dies nicht angenehm ist. Wir müssen draußen in der Natur arbeiten, wir haben unser Hab und Gut draußen in der Natur. Wenn man vor solchen Anschlägen nicht sicher ist, dann ist es eine sehr schwierige Situation.

Zu Frage Nr. 7. Genau diese ausgewogene Debatte würde ich mir sehr wünschen, weil bisher alles andere wie ausgewogen vonstatten gegangen ist. Es wäre höchste Zeit, dass man hier wieder auf eine Ebene kommt, wo man auch ganz offen über dieses Thema diskutieren kann. Bisher ist sie leider Gottes recht einseitig geführt worden.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Mein bescheidener Kommentar, Herr Landesrat. Mit dieser Anzeige haben Sie allerdings das Polarisierungspendel auch noch mal ein Stück weit ausschlagen lassen.

Aber ich habe noch zwei Nachfragen. Was die Frage Nr. 2 anbelangt, haben Sie nur einen Teil der Antwort geliefert. Ich bitte Sie, den zweiten Teil auch zu beantworten, also welche Behörde nämlich für die Anzeige gegen das Umweltinstitut zuständig ist. Dann wollte ich Sie fragen, wen die üble Nachrede eigentlich genau betrifft. Sie sagen, dass Sie sich vor die Landwirtschaft Südtirols stellen. Das betrifft aber die ganze Landwirtschaft und nicht nur einen Teil der Landwirtschaft, die hier von bestimmten Akteuren in Frage und an den Pranger vielleicht auch gestellt wurde, aber das ist ein Teil. Den anderen Teil haben Sie auch zu vertreten. Wie vertreten Sie diesen? Das wäre die dritte Frage.

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Zur ersten Nachfrage. Die Anzeige, wie ich es schon gesagt habe, ist bei der Staatsanwaltschaft hinterlegt worden. Diese wird entscheiden, wie weiter zu verfahren ist.

Zum Zweiten. Ich habe natürlich, und das tue ich aus voller Überzeugung, alle Bereiche der Südtiroler Landwirtschaft zu vertreten, den sogenannten konventionellen Teil, die Biobetriebe und auch die biodynamischen Betriebe. Das mache ich aus voller Überzeugung. Nachdem mittlerweile auch Bauern Anzeige erstattet haben, muss ich auch dazusagen, dass auch eine ganze Reihe von Biobauern dabei sind, weil diese Vorwürfe den Nerv insgesamt der Südtiroler Landwirtschaft und den Ruf der gesamten Landwirtschaft treffen, nicht nur eines Teiles der Landwirtschaft.

Was das Umweltinstitut betrifft, Folgendes. Es ist um die Aussagen auf der Facebook Seite gegangen. Dies ist überall in allen Ländern einsehbar, auch bei uns. Deshalb ist diese Anzeige hier und nicht anderswo erstattet worden.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 11/11/17** del 10/10/2017, presentata dal consigliere Pöder, riguardante i costi derivanti dall'introduzione dell'obbligo vaccinale. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Der Sanitätsbetrieb muss aufgrund der Umsetzung der Impfpflicht innerhalb März 2018 sowohl neue Strukturen errichten, als auch neues Personal einstellen.

Die Rede ist von einem Callcenter in Brixen, sowie zehn Hygienikern und fünfzehn Sanitätsassistentinnen.

Dies vorausgeschickt, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo und für welchen Zeitrahmen wird das Callcenter in Brixen errichtet?
2. Wie viel Personal wird dort beschäftigt werden?
3. Wie hoch sind die Gesamtkosten dafür, inkl. Infrastruktur, Einrichtung, eventuelle Mietkosten und Personalkosten?
4. Für welchen Zeitrahmen sollen die zehn zusätzlichen Hygieniker und fünfzehn Sanitätsassistentinnen beschäftigt werden?
5. Müssen für die fachgerechte Arbeit des in Frage 4 genannten Personals neue Strukturen errichtet bzw. angemietet werden?
6. Wie hoch sind die Gesamtkosten für die in Punkt 4 angegebenen Aufgaben, inkl. Infrastruktur, Einrichtung, technische Gerätschaften, eventuelle Mietkosten und Personalkosten?

**PRESIDENTE:** Il consigliere Pöder ha la parola sull'ordine dei lavori.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte eine Frage stellen, weil mir das gerade einfällt. Ich habe mir die Tagesordnung angeschaut und mir fehlt da ein nicht unwichtiger Punkt. Ich glaube, diesen hat eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet. Da geht es um diesen Untersuchungsausschuss, den Kollege Köllensperger als Erstunterzeichner und wir eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen ...

**PRESIDENTE:** Non è un punto all'ordine del giorno.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Nein, aber eine Frage zum Fortgang der Arbeiten. Warum ist dieser Untersuchungsausschuss noch nicht eingesetzt? Die Geschäftsordnung ist relativ eindeutig. Sie müssen auf Antrag einen Untersuchungsausschuss einsetzen.

**PRESIDENTE:** Stiamo trattando le interrogazioni su temi di attualità. La prego di attenersi all'ordine del giorno.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Das ist eine Frage, die zulässig ist. Warum ist auf dieser Tagesordnung – das ist eine Frage zur Geschäftsordnung – die Einsetzung des Untersuchungsausschusses nicht drauf? Das verstehe ich nicht. Die Geschäftsordnung ist eindeutig. Sie sagt, der Untersuchungsausschuss ist vom Präsidenten einzusetzen und nicht, kann eingesetzt werden, sondern ist einzusetzen. Jetzt frage ich mich, warum das nicht auf der Tagesordnung ist, Herr Präsident. Gibt es irgendwelche ...

**PRESIDENTE:** Non è un tema all'ordine del giorno.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Es ist ein Thema, das den Landtag beschäftigt.

**PRESIDENTE:** Stiamo trattando le interrogazioni su temi di attualità.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Meine Frage ist, warum es nicht auf der Tagesordnung des Landtages ist. Wir haben diesen Antrag unterschrieben, also eine ganze Reihe von Abgeordneten. Warum ist das nicht auf der Tagesordnung des Landtages, Herr Präsident? Warum haben Sie diesen Untersuchungsausschuss noch nicht eingesetzt?

**PRESIDENTE:** La prego di concludere. Non è un punto all'ordine del giorno.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Sie wollen mir darauf nicht antworten.

**PRESIDENTE:** Quando Lei mi farà una domanda all'ordine del giorno ...

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Zum Fortgang der Arbeiten habe ich jetzt gerade gefragt, warum die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Sparkasse nicht auf der Tagesordnung des Südtiroler Landtages ist. Es ist ein ordnungsgemäßer Antrag.

**PRESIDENTE:** Le posso rispondere che in ogni caso non sarebbe comunque da mettere all'ordine del giorno. Anche nell'eventualità di un'istituzione e di una commissione d'inchiesta non sarebbe da mettere all'ordine del giorno.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Die Mitteilung müssen Sie machen. Das wurde immer so gehandhabt.

**PRESIDENTE:** Lei ha concluso il suo intervento?

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Die Untersuchungskommission ist noch nicht eingesetzt.

**PRESIDENTE:** Lei ha concluso l'interrogazione?

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Ich bin beim Fortgang der Arbeiten.

**PRESIDENTE:** Allora ha concluso anche il tempo. La parola all'assessora Stocker, prego.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Zu Frage Nr. 1. Die Führung eines zentralen Vormerksystems - und das hat jetzt mit dem Impfen in diesem Sinne nichts zu tun – für sanitäre Leistungen auf Landesebene wird in Form einer Dienstleistungsvergabe an einen externen Anbieter vergeben. Die Vergabe wird eine Gültigkeit von einem Jahr haben. Der Bezugszeitraum ist in den Ausschreibungsunterlagen mit Beginndatum 1.12.17 bis Enddatum 30.11.18 angegeben. Aktuell befindet man sich noch in der Wettbewerbsphase. Der Zuschlag der Dienstleistung ist noch nicht erteilt. Die Ausführung der Dienstleistung wird nicht in den Strukturen des Sanitätsbetriebes erfolgen. Die Auswahl der Örtlichkeit für die Unterbringung des Call-Centers obliegt dem Zuschlagsempfänger.

Zu Frage Nr. 2. Die Berechnung des Personalbedarfs unterliegt selbstverständlich der Schätzung des privaten Dienstleisters, der den Auftrag erhält. Sanitätsbetriebsseitig ist einfach vorgegeben, was die Leistungserwartung ist. Das sind 86.000 Vormerks-, Verschiebungs- und Löschooperationen für den bereits genannten Zeitraum. Zusätzlich zu den Vormerks-, Verschiebungs- bzw. Löschooperationen ist den Anbietern in den Wettbewerbsunterlagen mitgeteilt worden, dass es zu Informationsanrufe im Ausmaß von ungefähr weiteren 40 Prozent kommen kann. Das ist einfach dieser flexible Rahmen.

Zu Frage Nr. 3. Es ist sanitätsseitig vorgegeben, dass die Ausschreibung die Summe von 205.800 Euro ohne Mehrwertsteuer umfassen kann. Hierbei handelt es sich um einen Betrag mit der Möglichkeit für den Anbieter, einen Abschlag zu gewähren. Die Preise werden vom Wirtschaftsteilnehmer aufgrund der Angemessenheitsberechnung des eigenen Risikos festgesetzt.

Zu Frage Nr. 4. Ich schicke hier voraus, dass diese Maßnahmen auch getroffen worden ist, weil sie, wie wir wissen, auch einen Präventionsplan haben, der weit über das hinausgeht, was bisher im Bereich der Prävention gemacht worden ist. Das geht von Informationsmaßnahmen im Bereich von EVIVA Selbstmanagement bis hin zur Arbeitssicherheit und umfasst selbstverständlich genauso die Totenbeschau wie Führerscheine, aber auch Impfprävention und dergleichen mehr. Das alles gehört zu diesem weiten Bereich der Prävention dazu. Es ist auch, denke ich, von allen nachvollziehbar bestätigt worden, dass die wesentliche Investition, die gemacht werden muss, im Bereich der Gesundheit in den Bereich der Prävention einfließen muss, weil das die größte Gewähr bietet, dass wir möglichst lange gesund und fit bleiben können. Insofern sind die Maßnahmen in diesem Bereich sicherlich zu unterstützen. Insofern auch eine Aufstockung des entsprechenden Personals, das in den fünfzehn Sanitätsassistenten und den zehn Hygienikern sich widerspiegelt. Insofern ist die Aufgabenstellung eine ziemlich umfassende.



Zu Frage Nr. 5. Das braucht es nicht. Die neuen Mitarbeiterinnen können in bereits bestehenden und eingerichteten Räumlichkeiten untergebracht werden.

Zu Frage Nr. 6. Die Personalkosten belaufen sich auf ein, wie man berechnet, auf Vollzeitäquivalente ärztliches Personal, Bezugsjahr 2016, auf 184.375 Berechnungsgrundmodus für die vorliegende Anfrage. Wenn ich das mal zehn Vollzeitäquivalente berechne, 1.843.000 für die Ärztinnen und das entsprechende Vollzeitäquivalent, was die anderen Gesundheitsberufe anbelangt, berechnet auf 15.943.000 Euro. In Bezug auf die ebenfalls angefragten Kosten für die Einrichtung und die technischen Gerätschaften wird der allfällige etwaige Bereich mit ungefähr zwei bis drei Computern quantifiziert. Das wäre mehr oder weniger alles für diesen umfassenden Bereich der Gesundheitsprävention im Südtiroler Sanitätsbetrieb.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank! Jetzt hätte ich mir gewünscht, dass mit derselben Vehemenz und mit demselben Einsatz die Landesregierung und auch der Sanitätsbetrieb in anderen Bereichen vorgegangen wäre, zum Beispiel was die Wartezeiten angeht und dergleichen, aber hier in der Umsetzung des römischen Impfdiktates ist man offensichtlich relativ schnell und auf der anderen Seite projiziert man dann beim Mussolini Relief hinauf "Niemand hat das Recht zu gehorchen", und Ihr steht vor jedem Befehl, der momentan oder mittlerweile aus Rom kommt, stramm und habt acht. Das ist das Interessante.

Es ist hier ausführlich dargelegt worden, wie diese Vorgangsweise ist. Das ist sehr generalstabsmäßig geplant. Das gebe ich zu. Wie gesagt, es wäre angenehm gewesen, wenn man das auch im Zusammenhang in den vergangenen Jahren zum Beispiel mit den Vormerkungen, für die freiwilligen Vormerkungen für Untersuchungen in Krankenhäusern auch so gehandhabt hätte, denn da geht es nicht um Zwang, sondern da werden viele Patienten, die gerne relativ rasch in ein Krankenhaus eine Visite gehabt hätten, ... Da gibt es haarsträubende Fälle, die über viele Monate hinweg keinen Termin erhalten. Das hätte man so generalstabsmäßig planen können, aber das ist jetzt leider nicht geschehen. Hier bei diesem Dekret passiert dies aber.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 20/11/17** del 16/10/2017, presentata dal consigliere Wurzer, riguardante: La sezione musica popolare è poco interessante? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**WURZER (SVP):** Einer ersten schriftliche Anfrage im Dezember 2015 folgte im Jänner 2016 ein Gespräch mit Landesrat Philipp Achammer, sowie dem Koordinator der Musikschulen Josef Feichter und dem Direktor der Kulturabteilung Armin Gatter. Dann eine zweite Anfrage im August 2016... immer in derselben Angelegenheit: Das Volksmusikreferat und seine Zukunft. Und immer dieselbe Antwort: "Es wird an einem Konzept gearbeitet".

Der zuständige Landesrat bat mich in seinem Antwortschreiben vor genau einem Jahr "noch um etwas Geduld". Das Konzept werde Ausrichtung, Schwerpunkte und Organisation des Referats für Volksmusik beinhalten, erfordere aber aufgrund der Komplexität eine zusätzliche Vertiefung.

Soweit - so gut! Gut Ding braucht bekanntlich gut Weil.

Das Referat für Volksmusik sichert die wichtigste Grundlage der musikalischen, heimischen, überlieferten Volkskultur (Musik, Lied und Tanz). Es ist Anlaufstelle für Sänger/innen und Musikant/innen, für fachverwandte Vereine und Verbände, für Musikschulen und für das Konservatorium. Es organisiert Veranstaltungen, koordiniert und finanziert Projekte im Bildungswesen und kümmert sich um die Herausgabe von Druckwerken für Wissenschaft und Praxis. Unumstritten ist seine Bedeutung - unsicher scheint seine Zukunft.

Deshalb möchte ich von der Landesregierung konkret wissen

1. ob die Zukunft des Volksmusikreferates überhaupt in ihrem Interesse ist? Wenn ja, was hindert sie daran endlich konkrete Schritte zu setzen?

2. ob das ursprünglich für Juni/Juli 2016 versprochene Konzept mittlerweile in Ausarbeitung ist? Wenn ja, wann kann in das Konzept eingesehen werden?

3. ob die Landesregierung gedenkt, noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode einen Umsetzungsplan dazu auszuarbeiten?



**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Es hat nach den Aussprachen, die es gegeben hat, die Sie zitiert haben, verschiedene Analysen gegeben darüber, ob eine Ansiedlung des Referats Volksmusik einerseits in der Abteilung Kultur besser gerechtfertigt wäre oder ob es beim Bereich Deutsche und Ladinische Musikschulen verbleiben sollte. Ich darf jetzt zitieren, dass nach diesen Analysen internen Besprechungen das Ergebnis auch der Beteiligten war. Das eindeutige Ergebnis ist, dass das Referat Volksmusik aufgrund seiner Entstehungsgeschichte und Entwicklung und vor allem aufgrund seiner institutionellen Aufgaben und Tätigkeiten im Bereich Deutsche und Ladinische Musikschulen bestens angesiedelt ist. Wissenschaft und Praxis, das wird vor allem zitiert, was Sie auch angesprochen haben, wie die Vernetzung zwischen Forschung, Wissenschaft und Praxis in der Bildungswelt erfolgt. Wissenschaft und Praxis gibt es im Referat Volksmusik gebündelt unter einem Dach. Daraus entsteht ein immenses Potential an Möglichkeiten, die musikalische Volkskultur zu erschließen, zu dokumentieren, bereitzustellen und zu vermitteln. Ich kann Ihnen dann die weitere Argumentation gerne aushändigen.

Zu was führt das Konzept, das versprochen worden ist für das vergangene Jahr? Die inhaltlichen Teile des Konzeptes sind fertiggestellt worden. Auch das können wir Ihnen zukommen lassen. Die Ergänzung um den administrativen Teil erfolgt nun laufend im Umsetzungsprozess der Reorganisation des Bildungsressorts, weil es da einen Niederschlag finden muss.

Wie gedenkt die Landesregierung noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode einen Umsetzungsplan dazu auszuarbeiten? Ich denke, dass, wie Sie richtig gesagt haben, Klarheit herrschen muss.

Wo erfolgt die definitive Ansiedlung? Derzeit ist die Durchführungsverordnung zur Reorganisation des Bildungsressorts in Ausarbeitung, wirksam mit 1.1.2018 und da wird die Zuordnung des Referats Volksmusik in die Landesdirektion Deutsche und Ladinische Musikschulen ihren Niederschlag finden. Auf jeden Fall werden wir auch darüber noch diskutieren.

Alle weiteren Informationen kann ich Ihnen gerne aushändigen.

**WURZER (SVP):** Herr Landesrat Achammer, wenn ich um die Aushändigung auch des Vermerks bitten darf, dann bedanke ich mich dafür.

Ich denke, dass es sehr wichtig ist, die gewachsene Volkskultur - die Gewährsleute gibt es zum Teil nicht mehr, denn diese sind leider verstorben -, die wir über die Kriege auch und über die schwierige Zeit der Zwischenkriegszeit hinaufgerettet haben, auch den Jungen in fachlicher Form weiterzubringen. Ich denke, gerade aus diesem Grund ist es für unsere Minderheit und auch für die ladinische Minderheit meines Erachtens von besonderer Wichtigkeit.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 30/11/17** del 18/10/2017, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante: Il numero di emergenza 112 lega la provincia di Bolzano ulteriormente all'Italia. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Mit 17. Oktober 2017 wurde in Süd-Tirol die neue Notrufnummer 112 eingeführt. Dafür wurden 13 zusätzliche Stellen geschaffen, wobei 7 Stellen der deutschen, 5 der italienischen und 1 Stelle der ladinischen Sprachgruppe vorbehalten sind. Die bisherige Notrufzentrale war weitestgehend unabhängig, jetzt mussten neue Hard- und Software angekauft und auf das System von Trient und Brescia abgestimmt werden.

Die Gefertigten stellen folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Warum wurde der ethnische Proporz bei der Neubesetzung der Stellen missachtet?
2. Wurde eine Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol angedacht? Wenn nein, warum nicht?
3. Warum wurde nicht eine eigene Notrufleitstelle für die Europaregion Tirol umgesetzt?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Wir teilen uns die Beantwortung dieser Anfrage auf. Die erste Frage erlaube ich mir zu beantworten. Sie sprechen in Ihrer Anfrage von 13 zusätzlichen Stellen. Wir haben inzwischen zu Ihrer Information bereits 18 dieser Stellen ausgeschrieben bzw. in Teilen auch schon besetzt. Sie sprechen von 7 Stellen der deutschen, 5 der italienischen und 1 der ladinischen Sprachgruppe. Wir haben Anpassungen am Proporz gemacht ursprünglich, weil wir zu wenig Stellen für die deutsche und für die italienische Bevölkerung hatten. Wir haben zum Schluss, denke ich, wenn alles in allem zusammengefasst worden ist, das erreicht, was Sie sicher auch erreichen möchten mit der Anfrage. Wir haben inzwischen 5 an die italienische Sprachgruppe vergeben, und zwar von den Stellen, die bei der Lan-

desnotrufzentrale arbeiten, 11 an die deutsche und 2 an die ladinische Sprachgruppe, also insofern sind alle Sprachgruppen angemessen vertreten. Ich denke, das ist für die Notrufzentrale eine essentielle Gegebenheit.

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Die Antwort haben wir uns hier brüderlich und schwesterlich geteilt, die Kollegin Stocker und ich.

Ich darf auf die Fragen Nr. 2 und Nr. 3 antworten. Es ist ja so, dass die europäische Notrufnummer 112 eine europäische Notrufnummer ist. Für die Umsetzung sind die einzelnen Mitgliedstaaten zuständig und tun das in unterschiedlicher Geschwindigkeit. In unserem Fall war es so, dass wir Verhandlungen in Rom zu führen hatten, denn grundsätzlich ist vorgesehen, dass für die Umsetzung in Italien ein Mindesteinzugsgebiet von 3,5 Millionen Bürgern vorgesehen sind, damit man dies auch eigenständig regeln kann. Uns ist es dann gelungen, eine Ausnahmeregelung zu erreichen, dass wir dies eigenständig machen können, das heißt über unsere bereits bestehende Notrufzentrale auch die europäische Notrufnummer 112 organisieren können. Das ist autonomiepolitisch sicher ein großer Erfolg, denn ab nun können alle, die für den Notfall den Zuständigen selbst als Land auch entsprechend zu Hilfe rufen. Das ist, was jetzt unsere Situation anbelangt, in Österreich und im Bundesland Tirol ist die Situation insofern anders, dass es dort noch nicht gelungen ist, die europäische Notrufnummer insofern umzusetzen, dass man hier auch die einzelnen Notrufzentralen wie jene in Tirol auch diese selber organisieren könnten. Infolgedessen ist in Österreich immer noch das Innenministerium, die 112 gehört immer noch der Polizei, und es wäre nicht nur politisch, sondern auch technisch nicht möglich gewesen, diese einheitlich zu regeln. Aber noch einmal. Die 112 ist eine europäische Notrufnummer und es geht hier nur um die Umsetzung dieser Maßnahme.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich danke den Landesräten für die Antwort. Ich bitte um Aushändigung der Unterlagen.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 54/11/17** del 3/11/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante: Nuove convenzioni per le prestazioni chirurgiche. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Konventionen mit vorab vom Land akkreditierten Strukturen werden auf Grund des Bedarfes direkt vom Sanitätsbetrieb abgeschlossen.

Da nun die Indirekte Rückvergütung fast zur Gänze eliminiert worden ist, aber der Bedarf v.a. bei einigen Leistungen sicher dringend besteht, v.a. dort wo laut LEA die Wartezeiten weit über den zulässigen Grenzen liegen, und durch den Wegfall der IRV der Druck auf die Wartelisten noch größer werden wird, stellt sich die Frage wie Land und SABES weiter gehen wollen, insbesondere bei der Chirurgie und den Bereichen Orthopädie und Augenheilkunde.

Dies vorweg, richten wir folgende Frage an die Südtiroler Landesregierung

1. Was plant die Landesregierung für das Jahr 2018 betreffend der zu akkreditierenden Strukturen für konventionierte Chirurgie zu tun? Werden neuen Strukturen akkreditiert und konventioniert, wie viele, welche?

2. Welche Leistungen sollen an Private konventioniert werden (Augen, Orthopädie, andere)?

3. Wie viele Leistungen sollen ausgegeben werden?

4. Da die Vergabe von Konventionen offenbar im Ermessen der Öffentlichen Hand liegt, wird dabei auch auf Qualitätskriterien Wert gelegt werden (Kriterien betreffend die Strukturen, aber auch betreffend der dort arbeitenden Ärzte)?

5. Da es für chirurgische Eingriffe vorab eine fachärztliche Visite braucht, aber auch für jene die Wartezeiten in den kritischen Abteilungen oft bei ca. 1 Jahr liegen, gedenkt man auch diese Dienstleistungen auszulagern? Wenn nein, wie gedenkt man dies zu organisieren?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Bevor ich zur Beantwortung der einzelnen Fragen übergehe, möchte ich vorausschicken, dass wir auch mit den Gewerkschaften vereinbart haben, dass wir mit ihnen auch diskutieren möchten um die Erweiterung der Intramoenia-Tätigkeiten, was auch dazu beitragen könnte, das eine oder andere an Dienstleistungen zusätzlich anzubieten, das allerdings innerhalb der Krankenhäuser.

Zur Beantwortung der einzelnen Fragen. Es ist so, dass wir im Landesgesundheitsplan bereits festgelegt haben, dass die Akkreditierungen der jeweiligen Gesundheitseinrichtungen - Autorisierung ist der erste Schritt, Akkreditierung der zweite - immer in Abstimmung mit den Leistungsnotwendigkeiten erfolgt, die insgesamt der Gesundheitsdienst hat. Der Sanitätsbetrieb ist angehalten, diese Erhebung zu machen, wo Notwendigkeiten bestehen und somit Notwendigkeiten nach Akkreditierung und danach als nächsten Schritt eventuell einer Konventionierung.

Zu den Fragen Nr. 2 und Nr. 3. Genau diese Erhebung macht der Südtiroler Sanitätsbetrieb gerade. Wir haben einige Leistungen bereits ausgelagert. Über weitere auszulagernde Dienstleistungen bzw. zu konventionierende Dienstleistungen wird jetzt gerade die Erhebung gemacht.

Zu Frage Nr. 4. Die Vergabe von Konventionen – ich unterstreiche es noch einmal – obliegt dem Südtiroler Sanitätsbetrieb. Die Kriterien für die Qualität sind festgelegt im Akkreditierungsverfahren bzw. im Autorisierungsverfahren als der ersten Stufe. Zusätzliche Qualitätskriterien werden bei Abschluss der Konventionen gegebenenfalls noch berücksichtigt.

Zu Frage Nr. 5. Was die Möglichkeit anbelangt, auch Leistungsangebote, die im Bereich der fachärztlichen Visiten liegen, auszulagern, ist es so, dass auch das in der Planung des Leistungsangebotes vom Südtiroler Sanitätsbetrieb gerade überprüft wird und durchaus die Möglichkeit besteht und in Aussicht genommen wird, auch das an einzelne private Strukturen, und zwar dort, wo die Notwendigkeit besteht, auszulagern.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Sie haben gesagt, die Qualitätskriterien werden im Akkreditierungsverfahren festgelegt und bewertet. Meines Wissens geht es hier nur um Kriterien, die die Struktur selbst betreffen, nicht aber die Ärzte, die dort arbeiten, also die Erfahrung, die diese Ärzte haben, wird hier nie berücksichtigt. Das möchte ich eventuell noch einmal bestätigt haben, dass die Kriterien die Ärzte selbst nicht betreffen, sondern eigentlich nur die infrastrukturellen Voraussetzungen. Wenn Sie mir vielleicht kurz noch einmal eine Antwort geben könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Was mich hier interessieren würde, ist diese doch ein bisschen überraschende große Einschränkung bei der indirekten Rückvergütung, die jetzt wahrscheinlich durch Konventionen ersetzt werden wird. Da liegen, denke ich, natürlich nicht zumindest Budgetüberlegungen zugrunde, weil das wahrscheinlich der gegenteilige Effekt wäre, also hofft man, dass in dieser Entscheidung Qualität zugrunde liegt.

Mich hat ein Interview etwas überrascht, das Herr Gruber, Geschäftsführer der Marienkllinik, im "Alto Adige" gegeben hat. Wenn man das liest, dann sieht es so aus, als hätte er die Konvention schon im Sack. Er spricht auch von einem Treffen, das es mit Ihnen noch im November geben wird. Ich wollte präzise auf die Marienkllinik fragen, ob hier schon etwas geplant ist, ob mit dieser Struktur eine Konvention für chirurgische oder eventuell auch fachärztliche Visiten geplant ist und welche Voraussetzungen sie eventuell dazu bieten muss.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Ich kann bestätigen, dass es ein solches Treffen gegeben hat, aber das liegt schon relativ lange zurück. Die Erkundigung war jene, welche Voraussetzungen es für die Akkreditierung braucht, nicht mehr und nicht weniger.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 12/11/17** del 10/10/2017, presentata dal consigliere Pöder, riguardante le domande per l'accesso all'assegno provinciale al nucleo familiare e a quello per i figli. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Um in den Genuss des Familien- sowie des Kindergeldes zu kommen, müssen höchst sensible Daten preisgegeben werden. Antragsteller müssen den Kontostand und die Vermögenssituation des 31.12. des Vorjahres sowie den Jahresdurchschnitt angeben. Betroffen sind sämtliche Vermögen wie Kontokorrente, Sparbüchlein, Aktien oder anderweitige Anlagen. Auch die Vermögen der Kinder, sofern vorhanden, müssen angegeben werden.

Dies bedeutet einen gravierenden Eingriff in die Privatsphäre sowie ungleich höheren Aufwand für Antragsteller, Patronate und Banken. Patronate berichten, dass immer mehr Familien aufgrund des Aufwandes und des Eingriffes in die Privatsphäre auf ein Ansuchen verzichten.

Dies vorausgeschickt, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der Gesuche um das Landesfamiliengeld gegenüber den Vorjahren entwickelt?
2. Wie hat sich die Zahl der Gesuche um das Landeskindergeld gegenüber den Vorjahren entwickelt?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, die Kriterien abzuändern, um den Familien den Zugang wieder zu erleichtern?

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Bezugnehmend auf Ihre Anfrage Folgendes. Ich gebe Ihnen dann auch den schriftlichen Vermerk dazu.

Es stimmt nicht, und die Daten belegen es ganz klar, dass die Ansuchen rückläufig sind. Es sind geringfügige Schwankungen. Wenn ich zum Beispiel das Jahr 2016 hernehme, das das relative Bezugsjahr ist, das wir derzeit vorliegen haben, dann haben wir sogar eine Steigerung der Ansuchen um 0,86 Prozent. Wenn Sie schauen, dann ist die Entwicklung unterschiedlich. Einen großen Übergang hat es in den Jahren 2012, 2013 und von 2013 auf 2014. Das hängt aber weniger mit Veränderungen im Bereich der einheitlichen Einkommens- und Vermögenserklärungen zusammen, aber damit, dass das Landesfamiliengeld sich in dieser Zeit sehr stark entwickelt hat, wobei Sie auch wissen, dass sich das Landesfamiliengeld mit Beginn 1.1.2014 auch verdoppelt hat.

Was die einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung betrifft, wissen Sie, dass wir mit Beschluss Nr. 536 vom 16. Mai 2017 die Kriterien etwas abgeändert haben. Es ist so, dass die EEVE als Grundlage für die Berechnung von Leistungen, die auf Familiensituationen, Familieneinkommen usw. Bezug nehmen und Vermögenssituationen der Familien erhoben werden und die EEVE Basis für viele Leistungen, nicht nur für die Familiengelder, sondern auch für die Sozialleistungen, für den geförderten Wohnbau und künftig auch für Studienstipendien anwendbar sein wird. Das Ziel muss es sein, dass die Leute nicht verschiedene EEVE Erklärungen für verschiedene Bereiche machen, sondern sie machen eine einheitliche EEVE Erklärung, die dann unabhängig davon, wo sie ansuchen, auch herangezogen werden kann. Die Bewertung liegt im jeweiligen Bereich, das heißt ich mache eine Datenbank, EEVE ist eine Datenbank und wie diese dann bewertet werden, ist in jedem Bereich unterschiedlich. Für die Familiengelder hat sich in dem Sinne nichts geändert, das heißt es gibt einen Freibetrag, ich muss zwar alles angeben bis zu einem Einkommen, Immobilienvermögen bis 5.000 Euro, aber der Freibetrag für die Familiengelder liegt nach wie vor bei 100.000 Euro.

Grundsätzlich war die Überlegung dahinter, und ich bin auch davon überzeugt, dass wir es erstens einmal vereinfachen, das heißt nicht x-EEVE Erklärungen, sondern eine EEVE Erklärung, zweitens, dass wir eine solide Datenbasis kriegen und damit auch eine bessere Kontrolle. Wenn Leute um mehrere Leistungen ansuchen, dann können sie nicht immer verschiedene Erklärungen vorlegen und wir kriegen etwas mehr Transparenz in die Geschichte und, drittens, das ist meine Grundüberzeugung, wenn ich Leistungen der sozialen Hand in Anspruch nehmen will, Steuergelder beanspruche, ist es, denke ich, nicht zu viel verlangt, dass ich auch meine Einkommens- und Vermögenssituation erkläre, dass auch die Leistung zielgerecht ausgeschüttet und gegebenenfalls die Ausschüttung kontrolliert werden kann. In diesem Sinne hoffe ich, Ihnen die notwendigen Informationen gegeben zu haben. Wie gesagt, Sie erhalten auch den Vermerk mit der Anzahl der Gesuche und auch der ausgeschütteten Förderungen.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Pöder rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 4/11/17** del 10/10/2017, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante il campo nomadi Bolzano: controlli igienico-sanitari. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Premesso che una famiglia nomade residente a Bolzano ha recentemente spostato il proprio domicilio nel triangolo verde del tratto di strada in disuso di Via Baracca, tra Via Loris Musy e Via Albert Einstein. Considerato che gli standard di vita in Provincia non possono permettere uno stato di degrado come un gabinetto a cielo aperto e la mancanza di un allacciamento di acqua, luce e gas. Premesso che pare trattarsi di una famiglia che molti anni fa è stata cacciata dalle case lpes e che dopo essere già stata sgomberata da un terreno privato di Via Baracca, ha ora attraversato la strada in cui viveva al margine, piazzandosi in questa cuneo rimasto incolto. Considerato che in quindici anni la questione è ancora irrisolta. Premesso che la nostra Provincia è solita prendersi cura delle persone e dare loro la dignità che dovrebbero avere tutti i cittadini. Premesso che pari tranquillità e

decoro che dovrebbero avere i figli delle famiglie che abitano intorno a questo nuovo campo dei miracoli e che ogni giorno vedono aumentare la presenza di grossi ratti. Premesso che alcuni abitanti della zona hanno sollecitato il Comune di Bolzano ad installare almeno dei WC chimici.

Si chiede alla Giunta:

di conoscere la proprietà del terreno e verificare le condizioni igienico sanitarie dell'accampamento. Se la Provincia intende intervenire con una soluzione abitativa agevolata o altra iniziativa. Come intervenire in caso di abusi abitativi in aree non idonee.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Am 17.10.2017 hat der Dienst für Hygiene und öffentliche Gesundheit einen Lokalaugenschein im oben genannten Ort durchgeführt. Der Lokalaugenschein wurde außerhalb der Fläche, welche die Besiedlung betrifft, durchgeführt und man konnte Folgendes feststellen. Auf der Fläche konnte man eine wahrscheinlich widerrechtliche Besetzung von Nomaden feststellen. Es befinden sich dort drei Wohnwägen, ein Wohnmobil, ein Tisch, einige Stühle sowie verschiedene Kübel und Kanister für Wasser. Zum Zeitpunkt des Lokalaugenscheins wurden weder unangenehme Gerüche noch Insekten bzw. Spuren von Nagetieren festgestellt. Trotzdem ist die betreffende Fläche für die Ansiedlung von Menschen, wenn auch nur vorübergehend, nicht geeignet, denn die notwendigen Mindestanforderungen für Wohnzwecke sind nicht gegeben. Auf der Fläche sind nämlich kein fließendes Wasser, kein Strom sowie kein Anschluss an das Abwassersammelsystem vorhanden. Außerdem kann die Anwesenheit von Menschen und Lebensmitteln auf der Fläche einen Befall von Nagetieren und Insekten begünstigen.

Bezüglich der anderen Fragestellungen teilen wir mit, dass diese außerhalb unserer Zuständigkeiten sind und dass diese von anderen Ressorts beantwortet werden können.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Ho capito dalla collega Stocker che c'è un alto assessore che mi risponde sui WC perché non è di sua competenza. La risposta è così? Non c'è più nessun altro che interviene? Abbiamo scoperto che il 7/10 abbiamo un accampamento abusivo, senza allaccio, senza niente e chiedo quale sarà l'intervento dell'assessorato? Perché io non l'ho capito. Lo ha visto che sono lì e non hanno nulla. Purtroppo la cosa più terribile è la storia che fanno i loro bisogni all'aperto. Ci hanno chiamato le ditte vicine e ci hanno spiegato che sono disperate per questa situazione.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Mi scuso, devo integrare la risposta per quanto di nostra relativa competenza, perché in realtà è anche di competenza del Comune, come è noto.

Il terreno sul quale la famiglia nomade ha spostato il proprio domicilio è di proprietà della Provincia autonoma di Bolzano in effetti. In data 25/10/2017 si è svolto un incontro tra i responsabili della Ripartizione edilizia agevolata, della Ripartizione politiche sociali, dell'Istituto per l'edilizia sociale, della Ripartizione servizi alla comunità locale del Comune di Bolzano in questo caso, allo scopo di analizzare in modo coordinato la reale situazione di quest'area. La Provincia autonoma di Bolzano ha manifestato in quell'occasione di essere più che disponibile allo sgombero dell'area, ovviamente non appena sarà individuato un piano di insediamento per le persone che occupano tale area, quindi su un'altra area idonea. Infatti come previsto dall'articolo 129-bis della legge provinciale 13/98 – l'avevamo modificata proprio in questa sede proprio per dare ai Comuni la possibilità di individuare delle microaree attrezzate onde evitare di creare grandi campi, con tutte le problematiche o situazioni non regolate – è stata data la possibilità attraverso questa norma che avevamo votato in questa legislatura di individuare microaree che siano attrezzate, quindi che siano regolate, con strutture alloggiative destinate a persone, famiglie o gruppi in grave disagio abitativo. Il Comune di Bolzano ha già preso contatti con la Ripartizione politiche sociali della Provincia per cercare una soluzione anche eventualmente presso altre comunità comprensoriali. Comunque la cosa importante da dire è che noi abbiamo questo strumento previsto per legge, di attrezzare delle microaree quindi non sedi enormi, che siano però attrezzate con tutti i servizi necessari e questo è stato fatto presente. Poi la competenza specifica nell'individuazione delle aree è ovviamente dei Comuni perché non è opportuno che la Provincia si sostituisca e decida al posto dei Comuni dove definirle. Questo incontro si è realizzato e sono state date tutte le informazioni del caso.



**ARTIOLI (Team Autonomie):** Quindi lo sgombero allora lo dovrebbe fare la Provincia, non il Comune perché è territorio della Provincia. Mi ha appena detto che l'appezzamento di terreno è della Provincia. allora lo sgombero lo dovete fare voi? Non si può aspettare l'individuazione dell'area, assessore mi ascolti. Se un'impresa fa un errore, dopo esattamente trenta secondi ha lì tutti i controlli di questo mondo e le viene tolto tutto. Allora non è possibile che noi sappiamo di un'area abusiva, è di competenza della Provincia, Lei deve fare lo sgombero, per le normative che ci sono attualmente, dopodiché se il Comune non trova la microarea sono problemi del Comune, ma non è che la Provincia può aspettare e lasciare questa cosa a cielo aperto con tutte le aziende che non sanno più come difendersi perché vivono con questi di fronte, in quella situazione di degrado pazzesco. Nel 2017 in Alto Adige avere gente che fa i propri bisogni all'aperto penso che sia veramente folle. Io chiedo che Lei faccia un decreto di sgombero, poi il Comune si sveglierà e farà i suoi compiti. Però non è che possiamo aspettare che il comune di Bolzano trovi la microarea e intanto viviamo nel degrado.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 53/11/17** del 2/11/2017, presentata dal consigliere Urzì, riguardante: Cosa intende l'Intendenza scolastica italiana per "gender"? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Premesso che il Dipartimento istruzione e formazione dell'Intendenza scolastica italiana ha previsto di svolgere nell'autunno 2017 un corso formativo denominato "Storia delle donne e differenze di genere", con destinazione i docenti delle scuole di ogni ordine e grado con, tra l'altro, finalità di "Approfondire il concetto di gender attraverso una riflessione in termini antropologici delle differenze di genere e della loro costruzione in termini socio-culturali" e "Riflettere sulla natura degli stereotipi di genere e sulla loro riproduzione nella società attuale".

Si interroga il presidente della Giunta provinciale e/o l'assessore competente per sapere,

1. cosa intenda l'Intendenza per "gender", vista la massiccia campagna negazionista (che nega l'esistenza di una politica gender) che è stata accampata da quando abbiamo denunciato spettacoli e libretti sulla materia;
2. quali siano precisamente questi "stereotipi" da decostruire e come intendano operare.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Rispondo molto volentieri per evitare che ci sia confusione su questo tema. Il corso di didattica della storia intitolato "Storia delle donne e differenze di genere" – so che anche altre colleghe e altri colleghi sono sensibili su questo tema – intende informare i/le docenti interessati/interessate sulla riflessione di un filone della ricerca storiografica che ormai ha 50 anni, è ormai un classico della storiografia per chi si occupa di storia- penso che anche il collega Heiss lo conosca perfettamente – che ha approfondito l'argomento della rappresentanza dei generi nello studio dei processi storici. I lavori di Eva Cantarella per la storia antica, di Chiara Frugoni per la storia medievale – cito delle esperte di livello nazionale e mondiale – di Ottavia Niccoli per la parte moderna, di Anna Bravo per la contemporaneità e numerose altre autrici e altri autori costituiscono un esempio di alcune fisionomie di alto profilo della storiografia recente che si sono occupate del tema.

L'Università di Firenze pubblica per esempio la rivista scientifica "Storia delle Donne" delle Firenze University Press, che vede nel comitato scientifico la presenza di studiosi di diverse provenienze e contesto che fornisce un'idea della circolazione che il concetto ha avuto nella pratica storiografica negli ultimi 50 anni.

Il Comitato scientifico va da rappresentanti dell'università di Oslo, di Valencia, di Palermo, di Barcellona, Zurigo, Napoli, Catania, Madrid, Baltimora, Australia e io ho tutto l'elenco. Un testo fra i più noti di settore è a titolo esemplificativo "Storia delle donne in occidente", che è un vero classico, curato da G. Duby e M. Perrot, che ha costituito nel 1990 un utile modello di riferimento internazionale. È un libro di storici a livello internazionale. Attenzione ad usare il termine "negazionista", perché appare del tutto inappropriato in quanto l'aggettivo si riferisce specificatamente a indicare in termini storiografici le teorie che negano la veridicità della shoah, non credo che fosse questo l'intento del consigliere. Le parole sono importanti, come diceva anche Nanni Moretti in un noto film. In questo contesto appare aggettivo del tutto fuorviante. Il concetto di gender invece è la traduzione dalla lingua inglese di 'genere', cioè in ambito storiografico indica il tipo di rappresentazione culturale dei generi sessuali in cui una società tende a rappresentare i propri costumi, istituzioni, forme di relazioni di affettività o meno, questo da un punto di vista storiografico. La letteratura



scientifico sugli stereotipi di genere, che è molto più ampio come tema, abbiamo detto che è un tema affrontato dalla storiografia internazionale da 50 anni è assai ampia e utile riferimento al testo recente di Ginevra Conti Odorisio "Per filo e per segno", Torino 2008, invito a leggerlo per farsi un'idea. Segue anche un verbale di tutti gli incontri che sono stati fatti per proporre questo corso di formazione, che appunto è "Storia delle donne e differenze di genere".

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Chiedo copia della risposta dell'assessore e ho una domanda suppletiva. L'assessore esclude che nel caso specifico dell'interrogazione si tratti di un'iniziativa che attiene al più e ben riconoscibile ambito di attenzione verso le politiche gender rispetto alle quali il suo stesso assessore più volte ha dichiarato non esistere attenzione speciale e particolare da parte dell'istituzione Provincia autonoma di Bolzano?

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Sì, confermo.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 5/11/17** del 10/10/2017, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante il Polo museale di Bolzano. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Considerato che le dichiarazioni del Sindaco di Bolzano rimandano ogni decisione e progetto alla volontà della Provincia.

Si chiede alla Giunta:

di conoscere i progetti della Provincia riguardo alla creazione di un polo museale a Bolzano.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Il Polo museale è un importante progetto che è stato più volte discusso e sappiamo che quindi c'è la volontà sia dell'amministrazione provinciale che dell'amministrazione comunale di collaborare per la realizzazione di un vero e proprio Polo museale a Bolzano.

Allo stato attuale non c'è un progetto definitivo, né un progetto di massima. L'amministrazione provinciale, in collaborazione con l'amministrazione comunale, sta valutando la fattibilità tecnica di diverse opzioni per quanto riguarda la realizzazione del Polo museale, però siamo nel momento in cui c'è stata, da parte del presidente della Provincia e anche da parte del sindaco, l'indicazione importante sostenuta dalle due Giunte e penso anche dell'intera comunità, di realizzare a Bolzano questo Polo museale, poi per la fattibilità tecnica non c'è ancora il programma, però è giusto dichiararlo e ci si sta impegnando al massimo.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Volevo solo ringraziare. Non ho altre domande.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 14/11/17** del 13/10/2017, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante: Di quante nuove costruzioni di strutture alberghiere si è occupata la Commissione per la natura, paesaggio e sviluppo del territorio nel 2017? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nach Jahren relativer Zurückhaltung ist 2016/17 die Investitionslust im Hotelsektor machtvoll aufgebrochen: Beinahe im Wochenrhythmus begutachtet die Landeskommission für Natur, Landschaft und Raumentwicklung ausgedehnte Neubauten oder Erweiterungen mit beträchtlichen Volumina, die problemlos auch die Marke von 30.000 oder 40.000 Kubikmeter knacken. Ein Trend, der von Hafling über Girlan, Meransen bis Stefansdorf und Geiselsberg „Früchte“ trägt, die in Sachen Landschaft, Verbrauch von Ressourcen und Architektur viele Fragen aufwerfen. Zudem stellt sich das Problem einer Blase mit Überhitzungsrisiko sowie grundsätzlich die Frage nach der künftigen Entwicklungsrichtung des Tourismus in Südtirol.

Hierzu richten wir folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Wie viele Projekte von Hotels wurden in der zuständigen Kommission für Natur, Landschaft und Raumentwicklung im Zeitraum 2016 und 2017 behandelt?

2. Um wie viele Neubauten, um wie viele Erweiterungen handelte es sich?

3. Welches Bauvolumen wurde in diesem Zusammenhang zur Verbauung zugelassen?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Um die Spannung des Antragstellers zu nehmen, wollen wir gleich auf die Zahlen eingehen.

Zu Frage Nr. 1. Es wurde 46 Projekte von Hotels im Zeitraum 2016/2017 in der Kommission für Natur, Landschaft und Raumentwicklung behandelt.

Zu Frage Nr. 2. Es handelte sich dabei um 9 Ausweisungen für Neubauten und 37 Ausweisungen zum Zwecke möglicher Erweiterung bestehender Hotels.

Zu Frage Nr. 3. Es wurde ein Bauvolumen von insgesamt 261.153 Kubikmeter zur Verbauung zugelassen.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Herr Landesrat! Jetzt ist die Spannung etwas geschwunden, aber die Ergebnisse sind recht beachtlich. Im Auftrag von Kollegin Foppa darf ich nachfragen, ob diese Projekte alle genehmigt wurden. Ich nehme schon an, dass die Genehmigung umfassend da ist und ersuche um die Aushändigung einer Kopie dieser spannungsreichen Antwort.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** So wie die Antwort vorliegt, gehe ich auch davon aus, dass das allesamt genehmigte Projekte waren und nicht nur beantragte, aber es entzieht sich meiner Kenntnis, inwieweit sie jetzt schon umgesetzt sind. Einige Projekte sind erst wenige Wochen alt. Die Umsetzung ist eine andere Sache.

**ABGEORDNETE:** *(unterbricht)*

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Nein, das ist nur das, was genehmigt wurde. Es wurde gefragt nicht was vorgelegt wurde.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 21/11/17** del 16/10/2017, presentata dalla consigliera Mair, riguardante i richiedenti asilo sistemati in strutture ecclesiastiche. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Nach dem tragischen Tod des kurdischen Jungen Adan hat sich auch Bischof Ivo Muser zu Wort gemeldet und angemahnt, dass Südtirol nicht einfach zur Tagesordnung übergehen dürfe.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht.

1. Wie viele und welche kirchliche Strukturen haben ihre Türen für Asylsuchende geöffnet und Unterkünfte bereitgestellt?
2. Wie viele Asylsuchende sind in den einzelnen Strukturen untergebracht?
3. Ist es wahr, dass im Fall Adan Kirchen und Klöster von SOS Bozen kontaktiert wurden, diese sich aber für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht zuständig erklärten?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Ob und wie viele kirchliche Einrichtungen spontan Asylbewerber und andere Personen in Schwierigkeiten aufnehmen bzw. aufgenommen haben, ist uns als Landesregierung nicht bekannt. Es gibt lokal- und meist zeitbegrenzt sicherlich einige solcher Situationen, aber viele sind es nicht soweit uns bekannt ist.

Was die Aufnahme von staatlich zugewiesenen Asylbewerbern angeht, nehmen zwei kirchliche Organisationen zur Verfügung gestellte Immobilien zurzeit Personen auf. Die eine befindet sich in Brixen für 12 Personen und die andere in Kastelruth für 19 Personen. Für diese haben wir reguläre Abkommen abgeschlossen.

Bei der Frage Nr. 3 handelt es sich um eine Behauptung von SOS-Bozen. Die Landesregierung hat nicht die Möglichkeit und die Zuständigkeit zu überprüfen, ob die Aussage der Wahrheit entspricht oder nicht. Das tut mir leid.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Was die Frage Nr. 3 angeht, gebe ich Ihnen recht, Frau Landesrätin, dass Sie hier natürlich nicht unbedingt zuständig sind. Es ist in einem Interview schriftlich so auch heute noch nachzulesen. Mich hat es eben gewundert, dass weder der Bischof noch sonst irgendjemand aus der Kirche eine Richtigstellung verlangt hat, denn wenn das wirklich so stimmt, dann ist es eine starke Aussage.

Dann soll der Bischof alle Aussagen, die er in der Vergangenheit getroffen hat, zurücknehmen, denn er verlangt von der Gesellschaft, dass sie aufnehmen, dass sie solidarisch sind, dass sie alle Bedenken über Bord werfen, dass keinerlei Kritik zulässig ist. Dann ist er sofort mit dem moralischen Zeigefinger parat. Den soll er gegen sich selbst richten, wenn solche Aussagen stimmen. Ansonsten erwarte ich mir von der Kirche, dass sie diese Dinge richtigstellt und zurücknimmt.

Was die Frage Nr. 1 anbelangt, kommt mir schon vor, dass man auch bei Ihnen Druck machen kann und wirklich einmal eruieren bzw. herausfinden, wie viele Strukturen die Kirche tatsächlich zur Verfügung gestellt hat. Wenn Sie jetzt keine Antwort haben, dann ersuche ich Sie, diese vielleicht nachzuliefern, denn ich glaube, dass dies auch im Interesse der Landesregierung sein muss. Mich und viele, viele Bürger stört, was der Bischof hier aufführt. Er ist wirklich der Erste, der schnell ist beim Kritisieren, beim Scheinheiligkeit auch ein Stück weit. Wenn dann die Aussagen bezüglich der Frage Nr. 3 stimmen, dass die kirchlichen Organisationen in solchen Fällen sagen, dass es nicht ihre Aufgabe wäre, dann soll er den Zeigefinger gegen sich selbst richten und einmal nachdenken.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 45/11/17** del 30/10/2017, presentata dal consigliere Wurzer, riguardante: Abbandonato l'apiario stanziale didattico di Teodone. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**WURZER (SVP):** Der Lehrbienenstand in Dietenheim war bis zum Vorjahr vor allem für die kleinen Imker/innen des Pustertales, des Eisack- und Wipptales eine wichtige Anlaufstelle. Hier konnten Bienenköniginnen, Weiselzellen und Ableger erworben werden, Imker/innen erhielten eine praxisnahe Beratung und hier wurden Kurspraktika der jeweiligen Fachschulen abgehalten. Hier erhielten hunderte von Schulkindern einen lebendigen Einblick in die Welt der Bienen. Hier besichtigten viele Ortsgruppen und Imkerbezirke den vorbildhaft geführten Bienenstand... Aber derzeit fehlt hier Stefan Tasser, der mit großer Fachkompetenz und persönlicher Hingabe die oben angeführten Dienstleistungen betreute. Tasser wurde aufgrund von internen Kompetenzänderungen in der Zwischenzeit mit anderen Aufgaben betraut. Seit seinem "Abgang" verwaist der Lehrbienenstand zunehmend und vor allem fehlt den vielen kleinen Imker/innen der für sie notwendige Service.

Wie dem Landwirtschaftslandesrat bekannt ist, fordern die Imker/innen deshalb seit Monaten die professionelle Fortführung des Lehrbienenstandes - vor allem im Bereich der Königinnenzucht.

Wie dem Landwirtschaftslandesrat ebenfalls bekannt sein dürfte, haben die Bezirksobmänner des Pustertales, des Eisack- und Wipptales ihre Anliegen den zuständigen Verwaltungsbeamten vorgebracht. Man wollte ein Zusammentreffen aller Beteiligten organisieren, was bis dato meines Wissens leider nicht zustande kam.

Ich selber habe den Landwirtschaftslandesrat im Mai dieses Jahres auf die Problematik angesprochen und ihn im vergangenen August schriftlich gebeten, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden.

Ich ersuche den zuständigen Landesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was hat der Landesrat zusammen mit dem Versuchszentrum Laimburg und der Guts- und Domänenverwaltung bisher unternommen, um die Situation am Lehrbienenstand in Dietenheim zu verbessern?

2. Besteht die konkrete Aussicht, dass mit Beginn des Jahres 2018 der Lehrbienenstand in Dietenheim wieder als Anlaufstelle und Servicepartner für oben genannte Gruppen fungiert?

Ich danke für die Beantwortung der Fragen.

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Ich kenne die Problematik und die Situation ist mir nicht neu. Es ist auch nicht so, dass hier in letzter Zeit nichts passiert wäre oder nur im negativen Sinne aus Sichtweise der Imker. Es geht darum, dass man eine Situation neu überdenken sollte, wie man künftig Beratung und auch Bienenzucht organisieren sollte. Es hat hier verschiedene Treffen schon gegeben, vor allem mit dem Imkerbund, um eine mittel- und langfristige Lösung auch zu finden. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Lösung finden werden. Es geht hier nicht um Kosteneinsparungen. Das möchte ich hier in aller Klarheit auch sagen. Ich als zuständiger Landesrat wäre auch bereit, eine entsprechende Beratung weiter zu finanzieren bzw. auch einen eigenen Berater zu finanzieren, aber welche Form man hier finden wird, wird sich jetzt zeigen. Wir haben eine Arbeitsgruppe, die daran arbeitet. Ich denke schon, dass sich in absehbarer Zeit eine Lösung finden lässt. Ich werde Sie entsprechend informieren.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Wurzer rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 47/11/17** del 30/10/2017, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante: "Schwarzensteinhütte" tradotto con "Rifugio Vittorio Veneto al Sasso Nero". Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Süd-Tiroler Landtag hat zwei wesentliche Punkte des Beschlussantrages der Süd-Tiroler Freiheit vom September 2013 zum Thema Schutzhütten genehmigt. Diese sehen vor, dass zukünftig die vom Faschismus eingeführten italienischen Hüttennamen gestrichen werden und nur mehr die historischen Namen verwendet werden. Auch die italienische Trikolore soll zukünftig an den Schutzhütten nicht mehr gehisst werden.

Die Gefertigten stellen folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Warum wird an der Anschlagtafel zum Neubau der Schwarzensteinhütte sowie auf der italienischen Internetseite des Landes wieder der faschistische Name "Rifugio Vittorio Veneto al Sasso Nero" verwendet?
2. Wer hat die neuerliche Übersetzung veranlasst?
3. Warum wird der genehmigte Beschlussantrag von der Landesregierung nicht umgesetzt?

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Zu Frage Nr. 1. Es gibt noch keine Anschlagtafel an der neuen Schwarzensteinhütte. Auf der Webseite des Landes ist bisher nur das Projekt zum Neubau dokumentiert. Es wurden alle bereits bestehenden italienischen Bezeichnungen übernommen, wie sie schon bei der Projekteinreichung waren. Es liegt Jahre zurück und es ist immer noch die gleiche Projektdokumentation.

Zu Frage Nr. 2. Es hat keine neuerliche Übersetzung gegeben.

Zu Frage Nr. 3. Es ist das Ziel, eine einheitliche Lösung auszuarbeiten und nicht nur bezogen auf die Schwarzensteinhütte. Wir wollen überall neue Tafeln bringen, auch die historische Bewandnis, von wem die Hütten erbaut worden sind - es sind zum Teil die deutschen Alpenvereine, die österreichischen Alpenvereine seinerzeit gewesen -, wann die Enteignung durch den Faschismus stattfand. Wir wollen das alles auf einer Tafel dokumentieren. Das sind die Grundidee und die Namensbezeichnung und dies alles wollen wir anführen. Dazu sind gemeinsam mit dem AVS Unterlagen und Erhebungen vorgenommen worden. Es gibt dazu übrigens von Seiten des AVS bereits eine umfassende historische Dokumentation dazu, die wir zur Grundlage nehmen, um dann einheitlich Tafeln auch mit dem Landeswappen und mit dem Landesadler, weil die Hütten im Landesbesitz sind, auszuarbeiten. Es wird dann sicher eine entsprechende Grafik vorbereitet werden. Das wollen wir bei allen Hütten einheitlich machen. Das ist auch der Grund, warum es für die neue Schwarzensteinhütte noch keine solche Tafel gibt oder Name, der angebracht ist. Wir wollen es wunschso lösen, dass es dann künftig für die anderen Hütten auch passt.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Landeshauptmann! Bei der letzten Anfrage haben Sie noch gemeint, dass Tirol weniger Kompetenzen hätte als wir. Wir hätten hier einen Antrag, der vom Landtag angenommen wurde und Sie setzen ihn nicht um. Man müsste hier selber einmal ein bisschen vor der eigenen Haustür kehren. Auf einheitliche Lösung warten. Wieso werden hier Anträge angenommen und dann nicht umgesetzt? Dann wartet man wieder. Das ist irgendwo unlogisch. Hier wird Beschäftigungstherapie gemacht. Ich weiß, dass Anträge vom Jahr 2014 von mir nicht angenommen wurden. Inzwischen wurden fast gleich lautende Anträge eingereicht, zwei sogar in einem Fall. Das ist wirklich Beschäftigungstherapie. Hier werden die Übersetzer usw. wirklich für nichts beschäftigt. Hier werden Steuergelder beim Fenster hinausgeschmissen. So kann man nicht arbeiten. Aus meiner Sicht ist es irgendwo unlogisch, wie man hier vorgeht.

**PRESIDENTE:** **Interrogazione n. 55/11/17** del 3/11/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante l'agenzia per ricerca medici specialisti per l'ASL. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Movimento 5 Stelle):** Abbandonata la strada del contratto d'opera, ed aperta la possibilità di assunzioni a tempo determinato senza patentino, ora l'ASL cerca urgentemente di reperire personale medico anche tramite agenzie interinali. Da fonti di stampa (Alto Adige del 2 novembre) apprendiamo dell'esistenza di un'agenzia di nome Avicenna che come

si evince dal proprio sito “si è costituita nel dicembre 2016 con l'obiettivo di fornire, in convenzione, professionisti della sanità idonei a colmare il fabbisogno di personale in cui possono trovarsi servizi e reparti di strutture sanitarie ospedaliere e residenziali del Sudtirolo. La Avicenna Südtirol Service si pone l'obiettivo di fornire personale sanitario qualificato per medi-lunghi periodi o anche a spot per situazioni di emergenza.” Come responsabile del formulario da compilare viene indicata la dott.ssa Livolsi Elena, a sua volta legata ad Jamil Abbas, un medico Specialista in Chirurgia Generale con contratto d'opera a Bolzano. Stante la ovvia necessità di reperire personale medico, si pongono tuttavia alcune domande.

si interroga l'assessore competente per sapere

1. le agenzie di somministrazione (lavoro interinale) operanti in Italia sottostanno a regole ben precise nonché ad autorizzazione allo svolgimento della relativa attività da parte del Ministero. Avicenna è in regola da questo punto di vista?

2. quali sono le delibere dell' ASDAA e dei comprensori con le quali è stata incaricata Avicenna (numero e data, ed eventuale copia delle stesse se non disponibile online)?

3. relativamente all'incarico: per quanti medici, quali reparti e quali prestazioni, quante ore per medico e quale costo orario di tutte le prestazioni?

4. sono stati banditi prima i regolari concorsi o nuove graduatorie per incarichi senza bilinguismo?

5. corrisponde al vero che tale Agenzia sta contattando medici liberi professionisti promettendo compensi orari intorno ai 120/130 Euro?

6. quale compenso viene riconosciuto all'agenzia per il lavoro di reclutamento?

7. esistono dei criteri di qualità per il reperimento dei nuovi medici da parte dell'agenzia in questione?

8. quante ore/turni per ogni ospedale vengono garantiti? In particolare, a Merano e Silandro, quanto medici sono stati reperiti da questa Agenzia? I medici così reclutati che turni/orari svolgono?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Zu Frage Nr. 1. Bei der Firma Avicenna handelt es sich um Südtirol Service und nicht um eine Arbeitsvermittlungsstelle bzw. Arbeitsagentur. Die Firma ist der Zuschlagsempfänger der Ausschreibung "Dienstleistung zur Überlassung von medizinischem Personal an den Gesundheitsbezirk Meran", welche gemäß Abschnitt 10 Artikel 58 Buchstabe c) des Landesgesetzes Nr. 16/2015 durchgeführt wurde. Diese Art von Dienstleistungen, soziale andere besondere Dienstleistungen sind vom gesamtstaatlichen Ausschreibungskodex 50/2016 und von der EU-Richtlinie 2014/24/EU vorgesehen.

Zu Frage Nr. 2. Es handelt sich dabei um eine Entscheidung der Bezirksdirektorin des Gesundheitsbezirkes Meran vom 30.8.2017, Nr. 535, welche – ich gebe Ihnen dann die Unterlagen – auch unter einer entsprechenden SABES Adresse abrufbar ist.

Zu Frage Nr. 3. Diesbezüglich wird mitgeteilt, dass die Vergabe nicht auf einer Anzahl von Ärzten basiert, sondern auf einer Stundenanzahl, das heißt, es geht um ein entsprechendes Dienstleistungspaket, das getrennt nach Fachbereichen und bezogen auf die Vertragsdauer festgelegt wird. Die Verantwortlichen der entsprechenden Fachbereiche senden dem Zuschlagsempfänger die entsprechende Liste der zu deckenden Dienstzeiten zu, die innerhalb des 25. Tages des Vormonats geliefert werden muss und daraufhin erfolgt die Deckung dieser Dienstzeiten. Die verschiedenen Fachbereiche, die Art der Dienste und die Einheitspreise pro Stunde getrennt nach Fachbereichen gehen aus der Zuschlagstabelle hervor, die ebenfalls dieser Anfrage beiliegt.

Zu Frage Nr. 4. Es wurde vorab eine Wettbewerbsausschreibung selbstverständlich gemacht sowie auch Rangordnungen für die begrenzten Aufnahmen. Zudem werden auch weiterhin Rangordnungen erstellt und Wettbewerbe zur Besetzung der Stellen selbstverständlich durchgeführt und ausgeschrieben.

Zu Frage Nr. 5. Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da nicht in unserer Kenntnis. Jedenfalls sind die Kosten pro Stunde und Fachbereich in der Zuschlagstabelle ersichtlich.

Zu Frage Nr. 6. Die Vergütung zur Deckung der Kosten für die Koordination und Organisation der angebotenen Ärzte seitens des Zuschlagsempfängers geht aus der Zuschlagstabelle hervor. Sie bewegen sich zwischen 10, 15 und 20 Euro pro Stunde.

Zu Frage Nr. 7. Wie unter Punkt 1 ersichtlich, handelt es sich um eine Ausschreibung für eine Dienstleistung. Die Vergabe erfolgte aufgrund des Kriteriums des wirtschaftlich günstigsten Angebots nach Qualität und Preis, die von der Firma innerhalb des Einreichetermins der angebotenen Ärztinnen/Ärzte von einer Bewertungskommission qualitativ bewertet wurde.



Zu Frage Nr. 8. Die Stundenanzahl ist getrennt nach Fachbereichen, bezieht sich auf den Gesundheitsbezirk Meran und ist nicht nach Krankenhäusern getrennt. An die Firma Avicenna Südtirol Service wurden die Lose 1, 4 und 5 vergeben. Für die Lose hat die Firma zur Deckung der entsprechenden Stundenanzahl nachfolgende Anzahl von Ärztinnen und Ärzten angeboten. Los 1: 2 Ärztinnen, Los 4: 7 Ärztinnen, Los 5: 3 Ärztinnen. Die zu deckenden Turnusse, Dienstzeiten hängen von der monatlichen Mitteilung der Verantwortlichen in entsprechende Fachbereiche ab. Es gibt keine fixen Dienstzeiten bzw. Turnusse. Es sind nur die Stundenanzahl pro Fachbereich und die Art der Dienste festgelegt worden.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke für die Antwort. Ich ersuche, dass Sie mir eine Kopie der schriftlichen Antwort mit den Tabellen, die Sie zitiert haben, aushändigen.

Eine Frage zum besseren Verständnis. Wenn ich es richtig verstehe, geht es hier mit diesen Agenturen – das sind keine Arbeitsvermittlungsagenturen im eigentlichen Sinne, wie Sie es gesagt haben -, dass Ärzte oder zumindest ärztliche Arbeitsstunden gefunden werden. Ich denke, das wird wahrscheinlich ein bisschen eine Notlösung sein, um den Wegfall der Möglichkeit, Werkverträge zu machen, irgendwo zu kompensieren, was wahrscheinlich nicht anders geht. Ich stelle mir aber vor, und was ich auch so ein bisschen mitbekommen habe, dass es mit dem Wegfall der Werkverträge doch einige Probleme gibt, weil für viele diese die gewünschte Anstellungsart sind, gerade einige Junge, soweit ich weiß, wollen gar keine Fixanstellung auch nicht auf drei Jahre, weil sie flexibel sein wollen und die Möglichkeit haben wollen, auch nebenher noch andere Jobs auszuführen. Deswegen ist der Wegfall der Werkverträge ein großes Problem. Könnte hier nicht die Politik doch eine gesetzliche Grundlage oder zumindest Klarheit schaffen und diese Verantwortung ein bisschen von den Bezirksdirektoren und den Direktoren des Sanitätsbetriebes zu nehmen, dass man zumindest jene Werkverträge noch zulässt, die ja im Rahmen des Gesetzes liegen? Wenn ich noch eine Nebenbeschäftigung, eine weitere Beschäftigung habe und der Gesundheitsbetrieb nicht mein einziger Arbeitgeber ist, dann bin ich völlig gesetzeskonform, zumindest in meiner Auffassung, so wie es auch die staatlichen Normen vorsehen. Könnte man hier nicht den Gesundheitsbetrieb in diesem Sinne unter die Arme greifen, dass man ihm diese Flexibilität irgendwann in Rom schafft, dass er das machen kann? Ich weiß, dass man den Rahmen der staatlichen Gesetzgebung einhalten muss. Gibt es keine Überlegungen in diese Richtung? Ich glaube, das wäre dringend nötig, weil wir mit den befristeten Fixanstellungen das Problem dann doch nicht ganz lösen können, zumindest so sieht es, glaube ich, aus.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Zur Beantwortung dieser aufgeworfenen Frage möchte ich sagen, dass wir wirklich alles versucht haben durchzugehen und durchzustudieren und auch diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Man sagt uns, das sei absolut unmöglich, da hätten wir keine Chance. Wir müssen jetzt mit all den Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, operieren. Wir versuchen das Möglichste zu tun und alles Mögliche auszuloten.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 6/11/17** del 10/10/2017, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante il Cantiere Centrale S. Antonio Bolzano. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Considerato che l'invaso della centrale di S. Antonio a Bolzano, eliminerebbe per sempre i problemi di pericolose piene improvvise del Talvera. Premesso che tale mitigazione dei rischi idraulici farebbe rientrare detta opera tra quei lavori pubblici di "estrema urgenza", ovvero urgenti e indifferibili. Premesso che in passato il lavori per la costruzione della Libera Università di Bolzano furono condotti con turni attivi anche nei giorni festivi e in orari notturni. Considerato che dall'impianto dipendono circa 440 ettari da irrigare e che la strada resta chiusa con disagi alla mobilità, giustificabili dall'importanza dell'opera ma non dal rallentamento dei lavori.

Si chiede alla Giunta:

perché in passato nel Comune di Bolzano fu consentito tenere aperto un cantiere. quello della LUB in pieno centro per sette giorni alla settimana e per quello in oggetto ci si attenga a limiti orari generici che ne rallentano la realizzazione e, a catena la cascata di benefici sul territorio.



**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Ich möchte vorausschicken, dass man zwei Baustellen schwer miteinander vergleichen kann. Es sind völlig unterschiedliche Dimensionen und haben auch völlig andere Gegenstände zum Inhalt. Nach Rücksprache mit den beiden Gemeinden Bozen und Ritten kann ich Ihnen Folgendes mitteilen.

Bei der Baustelle Kraftwerk St. Anton handelt es sich um eine private Baustelle mit Arbeiten, welche Sprengstoffdetonationen vorsehen und somit von Seiten der Anrainer äußerst stark wahrgenommen werden. Mehrmals gingen diesbezüglich Beschwerden ein. Die Baustelle St. Anton befindet sich in der Gemeinde Ritten, welche für Ausnahmeregelungen und Ausdehnungen der Arbeitszeiten zuständig ist. Bozen wurde nur involviert, weil sich die Sprengungen auch auf die Einwohner der Stadt Bozen ausgewirkt haben.

Was die Realisierung des Baus anbelangt, der zweifellos dringend und wichtig ist, wurde gemeinsam mit den Verantwortlichen der Gemeinden Bozen und Ritten sowie den Technikern des Kraftwerkes St. Anton versucht, eine Lösung zu finden, welche sei es die Interessen der Anrainer als auch die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Arbeiten im Kraftwerk St. Anton berücksichtigt. Ich händige Ihnen eine Gemeindeverordnung der Gemeinde Ritten aus. Mit dieser Verordnung wurde die Firma Oberosler GmbH zur Durchführung der Arbeiten beim Wasserkraftwerk in St. Anton im Rahmen von 24 Stunden von 0-24 Uhr vom 15.9.2016 bis 30.6.2018, ausgenommen Feiertage, unter Einhaltung von bestimmten Bedingungen beauftragt (siehe Anlage), die ich Ihnen aushändige. Ein Ansuchen um längere Arbeitszeiten bzw. mehr Sprengungen am Tag wurde nicht genehmigt.

Bei der Baustelle der Freien Universität Bozen handelt es sich um eine öffentliche Baustelle mit verhältnismäßig geringerem Lärm und Staubbelastung. Belästigungen werden hauptsächlich durch Lastwagenbewegungen verursacht, was nicht zu vergleichen ist mit Sprengungen, die erforderlich sind, um die Arbeiten im Kraftwerk durchzuführen. Ich möchte nochmals betonen, dass wir alle froh sind, dass diese Arbeiten gemacht werden, weil wir hier im Landtag schön öfters die negativen Auswirkungen dieses Schwallbetriebes zu beklagen gehabt haben. Jetzt werden diese Arbeiten durchgeführt. Wir müssen auch mit entsprechenden Nebenwirkungen während der Bauarbeiten rechnen.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Grazie, assessore.

**PRESIDENTE:** A questo punto sono scaduti i 120 minuti riservati dal regolamento interno all'esame delle interrogazioni su temi di attualità.

Comunico che l'esame dei punti istituzionali è concluso e che, ai sensi della ripartizione proporzionale del tempo tra maggioranza e opposizione di cui all'articolo 52-bis, comma 3 del regolamento interno, comincia ora il tempo riservato all'opposizione.

Punto 2) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 454/15 del 6/8/2015, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante istituzione di un servizio sanitario di urgenza ed emergenza, di un soccorso alpino e un elisoccorso, di un servizio meteo e di prevenzione valanghe per tutte le parti del Tirolo storico all'insegna di una rinnovata unità**".

Punkt 2 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 454/15 vom 6.8.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Atz Tammerle und Knoll, betreffend Einrichtung einer Gesamt-Tiroler Notrufzentrale, einer Berg- und Flugrettung sowie eines Wetter- und Lawinenwarndienstes: Tirol rückt wieder ein Stück näher zusammen!**"

*La "regione europea del Tirolo" e il Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT) offrono numerose possibilità di avviare una collaborazione transfrontaliera in tutti i settori. Non basta elogiare questa regione europea nei discorsi ufficiali. Servono piuttosto progetti concreti e strutture comuni per favorire lo scambio fra le persone. È necessario creare passo dopo passo strutture congiunte in modo che con il passare del tempo queste vengano sentite come qualcosa di ovvio e naturale.*

*Anche per quanto riguarda il servizio di soccorso alpino e l'elisoccorso si potrebbero sfruttare le sinergie esistenti. Ad esempio, succede ripetutamente che durante gli interventi di soccorso sulle montagne in prossimità del confine, a causa di una comunicazione lacunosa e di un coordinamento carente delle diverse squadre di soccorso nonché degli elicotteri disponibili, sor-*

gano dei malintesi tra le squadre di soccorso del Tirolo del nord, della Provincia di Bolzano e del Tirolo orientale e che si verifichino pertanto dei ritardi negli interventi.

Solo una più stretta collaborazione consentirà di risolvere questo problema. Bisogna puntare alla realizzazione di un servizio sanitario di urgenza ed emergenza, un soccorso alpino e un elisoccorso, nonché un servizio meteo e di prevenzione valanghe organizzati congiuntamente. A tale scopo servono una struttura direzionale comune nonché campagne di informazione e corsi di formazione e specializzazione per le squadre di soccorso, svolti congiuntamente.

In tal modo sarebbe possibile garantire non solo un soccorso alpino più efficiente e quindi salvare vite, ma ridurre notevolmente i costi dei servizi offerti in tutte le parti del Tirolo storico.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

1. a contattare i rappresentanti politici e le associazioni competenti in materia al fine di programmare il "Servizio sanitario di urgenza ed emergenza di tutte le parti del Tirolo storico" e di provvedere all'attuazione di questo progetto entro e non oltre due anni;
2. a contattare i rappresentanti politici e le associazioni competenti in materia al fine di programmare il "Soccorso alpino e l'elisoccorso di tutte le parti del Tirolo storico" e di provvedere all'attuazione di questo progetto entro e non oltre due anni;
3. a contattare i rappresentanti politici e le associazioni competenti in materia al fine di programmare il "Servizio meteo e di prevenzione valanghe di tutte le parti del Tirolo storico" e di provvedere all'attuazione di questo progetto entro e non oltre due anni.

-----

Im Rahmen der Europaregion Tirol sowie des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) bieten sich sehr viele Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen an. Es ist nicht zielführend, ständig bei Sonntagsreden diese Europaregion zu beschwören, sondern es bedarf konkreter Projekte und gemeinsamer Strukturen, wo sich die Menschen untereinander austauschen. Diese gemeinsamen Strukturen sollen Schritt für Schritt weiterentwickelt werden, bis schließlich die neue Situation als ganz selbstverständlich empfunden wird.

Auch in der Berg- und Flugrettung in Tirol könnten viele Synergien genutzt werden. So kommt es beispielsweise besonders zwischen den Nord-, Süd- und Ost-Tiroler Rettungskräften immer wieder zu Missverständnissen und Verzögerungen bei Einsätzen bei Bergunfällen entlang des Alpenhauptkammes. Grund dafür ist die mangelhafte Kommunikation und Abstimmung zwischen den verschiedenen Rettungsstellen und den verfügbaren Rettungshubschraubern.

Abhilfe kann nur geschaffen werden, indem man eng zusammenarbeitet. Das Ziel muss darin bestehen, eine gemeinsam organisierte Notrufzentrale, eine gemeinsame Berg- und Flugrettung, einen gemeinsamen Wetter- und Lawinenwarndienst aufzubauen. Folglich bedarf es auch einer gemeinsamen Führungsstruktur, Öffentlichkeitsarbeit sowie Aus- und Weiterbildung für die Einsatzkräfte.

Mit diesen Maßnahmen könnte nicht nur eine effizientere Bergrettung gewährleistet und damit Leben gerettet werden, sondern es ließen sich zusätzlich beträchtliche Kosten für die jeweiligen Landeskassen einsparen.

Dies alles vorausgeschickt,

fordert

der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,

1. sich mit den zuständigen politischen Vertretern, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um das Projekt "Gesamt-Tiroler Notrufzentrale" zu planen und innerhalb von spätestens zwei Jahren umzusetzen;
2. sich mit den zuständigen politischen Vertretern, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um das Projekt "Gesamt-Tiroler Berg- und Flugrettung" zu planen und innerhalb spätestens zwei Jahren umzusetzen.

3. *sich mit den zuständigen politischen Vertretern, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um das Projekt "Gesamt-Tiroler Wetter- und Lawinenwarndienst" zu planen und innerhalb spätestens zwei Jahren umzusetzen.*

La parola al consigliere Zimmerhofer per l'illustrazione della mozione.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Vielen Dank, Herr Präsident! *Im Rahmen der Europa-region Tirol sowie des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) bieten sich sehr viele Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen an. Es ist nicht zielführend, ständig bei Sonntagsreden diese Europaregion zu beschwören, sondern es bedarf konkreter Projekte und gemeinsamer Strukturen, wo sich die Menschen untereinander austauschen. Diese gemeinsamen Strukturen sollen Schritt für Schritt weiterentwickelt werden, bis schließlich die neue Situation als ganz selbstverständlich empfunden wird.*

*Auch in der Berg- und Flugrettung in Tirol könnten viele Synergien genutzt werden. So kommt es beispielsweise besonders zwischen den Nord-, Süd- und Ost-Tiroler Rettungskräften immer wieder zu Missverständnissen und Verzögerungen bei Einsätzen bei Bergunfällen entlang des Alpenhauptkammes. Grund dafür ist die mangelhafte Kommunikation und Abstimmung zwischen den verschiedenen Rettungsstellen und den verfügbaren Rettungshubschraubern.*

*Abhilfe kann nur geschaffen werden, indem man eng zusammenarbeitet. Das Ziel muss darin bestehen, eine gemeinsam organisierte Notrufzentrale, eine gemeinsame Berg- und Flugrettung, einen gemeinsamen Wetter- und Lawinenwarndienst aufzubauen. Folglich bedarf es auch einer gemeinsamen Führungsstruktur, Öffentlichkeitsarbeit sowie Aus- und Weiterbildung für die Einsatzkräfte.*

*Mit diesen Maßnahmen könnte nicht nur eine effizientere Bergrettung gewährleistet und damit Leben gerettet werden, sondern es ließen sich zusätzlich beträchtliche Kosten für die jeweiligen Landeskassen einsparen.*

*Dies alles vorausgeschickt,  
fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,*

1. *sich mit den zuständigen politischen Vertretern, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um das Projekt "Gesamt-Tiroler Notrufzentrale" zu planen und innerhalb von spätestens zwei Jahren umzusetzen;*
2. *sich mit den zuständigen politischen Vertretern, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um das Projekt "Gesamt-Tiroler Berg- und Flugrettung" zu planen und innerhalb spätestens zwei Jahren umzusetzen.*
3. *sich mit den zuständigen politischen Vertretern, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um das Projekt "Gesamt-Tiroler Wetter- und Lawinenwarndienst" zu planen und innerhalb spätestens zwei Jahren umzusetzen.*

Es ist ja so, dass man in Bezug auf einen Gesamttiroler Lawinenwarndienst die Zusammenarbeit gesucht und bereits Fortschritte erzielt hat. Der Landeshauptmann hat ja seit Oktober den Vorsitz der Europa-region, und deshalb wäre das ein interessantes Projekt. Hierzulande ist man ja auch sehr aktiv, was Fusionen anbelangt, beispielsweise bei den Genossenschaftsverbänden oder Tierzuchtverbänden. Wenn das lokal vorteilhaft ist, sollte es auch innerhalb der Europaregion interessant und vorteilhaft sein. Wenn man in den Grenzregionen unterwegs ist, dann ist es vernünftig, dass der nächstgelegene Rettungshubschrauber zum Einsatz kommt. Es wäre vernünftig, wenn man hier einen Ansprechpartner hätte, was die Notrufnummer, den Lawinenlagebericht, den Wetterdienst usw. anbelangt. Das sollte alles aus einer Hand abgerufen werden können. Das wäre sehr interessant für den Tourismus, die Bergführer und sämtliche Personen, die in diesem Bereich unterwegs sind. Deshalb ersuche ich um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Grundsätzlich gebe ich dem Einbringer natürlich Recht, wenn er sagt, dass überall dort, wo es Möglichkeiten dazu gibt, versucht werden soll, Südtirol und das Bundesland Tirol näher zusammenzubringen. Dieser Beschlussantrag stammt aus dem Jahr 2015, und ich weiß nicht, ob der Kollege Zimmerhofer mit der Flugrettung bzw. der Notrufzentrale gesprochen hat. Ich habe mich diesbezüglich gestern informiert, wobei man mir gesagt hat, dass schon seit vielen Jahren eine grenzüberschreitende

Zusammenarbeit betrieben wird. Was fehlt, ist eventuell eine politische Konvention oder ein Schriftstück, so wie es beispielsweise mit der REGA (das ist die Schweizer Flugrettung) gibt. Vielleicht kann uns da die Landesrätin nähere Informationen geben. Jedenfalls hat man mir gesagt, dass die Einsätze in den Grenzgebieten sehr gut verlaufen und sich die Zentralen untereinander absprechen, wer was übernimmt. Wenn Südtiroler Rettungskräfte für Innsbruck notwendig sind, dann werden diese auch nicht alarmiert. Was die Flugrettung anbelangt, wurde mir gesagt, dass, nur weil im Vinschgau manchmal die REGA angefordert wird, das nicht automatisch bedeutet, dass Südtirol automatisch den nächst gelegenen Hubschrauber bekommt. Dazu wird aber sicher die Landesrätin mehr ausführen. Man hat mir auch gesagt, dass, wenn man alles miteinrechnet – die Abklärung am Telefon, die Anfrage, die Entscheidungszeit usw. -, der Pelikan 1 gleich schnell vor Ort ist wie ein Rettungshubschrauber, der von außen kommt. Man hat es mir so vermittelt, dass die Dinge im Bereich der Flugrettung schon lange gut laufen. Wir haben jetzt ja auch vernommen, dass der Flugrettungsdienst bis auf 22 Uhr ausgedehnt worden ist, was sicher ein wesentlicher Fortschritt ist.

Was die Kosten anbelangt, hat man mir gesagt, dass es nicht die große Einsparung wäre, wenn man das zusammenlegen würde. Wir würden uns ja immer etwas ausleihen, was kostet. Natürlich kann jeder von uns persönlich eine Geschichte aus einer Sprechstunde erzählen, wo etwas vielleicht nicht so gut gelaufen ist, aber alles in allem machen die Leute vor Ort die Zusammenarbeit sehr gut. Interessant wäre vielleicht eine Konvention.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es ist richtig, dass sehr vieles schon sehr gut funktioniert, aber in Vergangenheit hat es Fälle gegeben, die aufgrund von Kommunikationsproblemen schief gegangen sind. Hier geht es immerhin um Menschenleben. Wenn man im Grenzgebiet auf den Bergen befindet, dann ist einem nicht ganz klar, ob man sich noch auf der südlichen oder nicht schon auf der nördlichen oder östlichen Landeshälfte befindet. Deshalb ist es wichtig, dass die Kommunikation zusammengeführt wird. Mit den heutigen digitalen Mitteln ist es absolut möglich, Synergien zu bilden. Es geht nicht darum, neue Posten, Strukturen oder Abteilungen zu schaffen, sondern es geht um eine Zusammenführung dieser Dienste bzw. Datenbanken. Anhand der Mobilfunkmasten lässt sich ja erkennen, woher das Telefonat kommt. Deshalb soll es der am nächsten gelegenen Notrufzentrale zugestellt werden.

In Bezug auf den Lawinenwarndienst möchte ich sagen, dass wir vor wenigen Monaten die Südtiroler Landeswetterzentrale besucht haben. Dabei hat man uns gesagt, dass man die Daten von Schweizer Wetterdiensten in den Südtiroler Wetterdienst miteinfließen lässt. Wir haben ja die technischen Voraussetzungen, und deshalb sollte nicht nur eine Zusammenarbeit mit der Schweiz erfolgen, sondern auch mit Österreich bzw. innerhalb der Europaregion Tirol.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** In technischer Hinsicht ist das alles kein Problem, und es ist ja auch schon manches umgesetzt worden. In Vergangenheit ist es bei Notfällen tatsächlich zu territorialen Zuständigkeitskonflikten gekommen, was natürlich bedauerlich ist. Immerhin geht es hier um Menschenleben. Im Prinzip hat man eine Gesamttiroler Notrufzentrale im Auge, und ich wüsste nicht, welcher Grund dagegen spricht. Man kann sehr wohl einige Synergien nutzen, um viel schneller arbeiten zu können. Ich glaube, dass es in technischer Hinsicht keine Probleme geben dürfte, unabhängig davon, wo einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen. Das Zusammenschalten von Notrufzentralen muss möglich sein.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, zu Punkt 1 ist vorher schon im Rahmen der Aktuellen Fragestunde Stellung genommen worden. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die Notrufnummer 112 eine europäische Notrufnummer ist, deren Sinn es ist, dass jeder Mensch an der Stelle, an der er sich gerade befindet, die gleiche Nummer verwenden kann und dann entsprechend bei der Notrufzentrale landet, die für den konkreten Fall zuständig ist. Ich glaube, dass das aus Qualitäts- und Sicherheitsgründen eine der besten Erfindungen ist, die man in Europa weitergebracht hat. Es wäre nicht so einfach, zur Gänze eine Gesamttiroler Notrufnummer mit all den Funktionen und Details zu schaffen, da im Bundesland Tirol nicht alles über diese Nummer läuft. Das ist eine der Einschränkungen, die das Bundesland Tirol hat. Hier bestimmt nicht das Bundesland Tirol allein, da Wien mitbestimmt und die Weichen vorgibt. Dasselbe gilt – das hat die Kollegin Mair bereits angesprochen – für Konventionen. Wir haben es so geregelt, dass es in der praktischen Umsetzung zwischen den verschiedenen Rettungsorganisationen und Notrufzentralen wunderbar läuft. Etwas schwierig ist es, konkret Konventionen zu vereinbaren. Wir sind jetzt gerade dabei, eine Konvention zu erarbeiten, damit wir das Ganze auch für die Zukunft

absichern können. Wir haben alles vorbereitet, um eine solche Konvention abzuschließen. Momentan scheitert es am Bundesland Tirol. Wir werden es wahrscheinlich mit einer politischen Aussage und mit konkreten Absprachen mit den jeweiligen Rettungsorganisationen machen müssen, weil das Bundesland Tirol diesbezüglich nicht die Kompetenz zu haben scheint. Wichtig ist aber die Tatsache, dass es in der Praxis Gott sei Dank wunderbar funktioniert und die Absprache sehr gut gelungen ist. Wir haben einen Vertrag mit der REGA, aber auch mit den verschiedenen Rettungsträgern im Bundesland Tirol.

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Die Zusammenarbeit mit REGA funktioniert aus unserer Sicht schon, aber wenn es andere Meldungen gibt, dann bitte ich darum, diese konkret vorzubringen.

Mit der Schweiz haben wir auf jeden Fall ein Abkommen, was für Tirol leider nicht gilt.

Was einen Gesamttiroler Wetter- und Lawinenwarndienst anbelangt, so ist das in Umsetzung. Das ist eine der ehrgeizigen Zielsetzungen der Europaregion Tirol. Insofern sind wir diesem Beschlussantrag voraus.

Was die Gesamttiroler Berg- und Flugrettung betrifft, kann ich nur noch einmal sagen, dass das in der Praxis sehr gut funktioniert, weil in Notfällen natürlich auch auf die Flugrettung des Bundeslandes Tirol zurückgegriffen werden kann.

Wie gesagt, die Notrufnummer 112 ist ein gesamteuropäisches Projekt, mit Einschluss des Bundeslandes Tirol. Punkt 2 funktioniert in der Praxis bereits recht gut, Punkt 3 ist bereits in Umsetzung.

Deshalb ist dieser Beschlussantrag abzulehnen.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Vielen Dank, Frau Landesrätin! Mit der Antwort kann ich natürlich nicht zufrieden sein. Die Tatsachen sind andere. Wir haben kürzlich Kontakt mit dem Tiroler Landtagspräsidenten Dr. Herwig van Staa gehabt, der uns bestätigt hat, dass von Südtiroler Seite, was die Europaregion Tirol anbelangt, relativ wenige Aktionen kommen. Wir wollen keine Konvention, sondern wir wollen gemeinsame Strukturen. Das ist eine politische Angelegenheit: Wo ein Wille, da ein Weg. Anscheinend ist der Wille nicht gegeben, gemeinsame Strukturen zu schaffen. Wir hätten das schon vor zwanzig Jahren haben können, wenn man an das sogenannte Rahmenabkommen zum Madrider Abkommen denkt, das Italien nie ratifiziert hat. Jetzt haben wir den ominösen EVTZ und die Europaregion Tirol, aber es geht im Grunde gleich weiter wie vorher. Hier ist Stillstand angesagt. Wenn es Richtung Italien geht, dann ist man sehr schnell bereit, Aktionen zu setzen und Verträge zu unterzeichnen. Ich denke beispielsweise an die Verträge mit dem Militär, in Bezug auf die Schule, die Impfpflicht und die Migranten. Es ist eigentlich ein Wahnsinn, wie viele doppelte Dienste angeboten werden. Ich bin erst kürzlich durch Gröden gefahren. In St. Christina gibt es ein Zivilschutzzentrum, wobei das Weiße und das Rote Kreuz im selben Haus untergebracht sind. Ich weiß nicht, wie das bei den Einsätzen funktioniert. Wer schneller im Auto ist, bekommt den Einsatz? Hier ließen sich wirklich Synergien nutzen, wenn man grenzüberschreitend zusammenarbeiten würde.

Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil. Danke!

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione, per parti separate.

Apro la votazione sulle premesse: respinte con 2 voti favorevoli, 20 voti contrari e 7 astensioni.

Apro la votazione sulla parte deliberativa: respinta con 2 voti favorevoli, 23 voti contrari e 5 astensioni.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Meine Karte hat nicht funktioniert.

**PRESIDENTE:** Allora annulliamo la votazione e verifichiamo l'impianto. Controlliamo la postazione del collega Blaas. Adesso funziona.

Apro la votazione sulla parte deliberativa: respinta con 3 voti favorevoli, 23 voti contrari e 6 astensioni.



Punto 3) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 756/17 dell'11/4/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante la composizione del comitato per l'edilizia residenziale**".

Punkt 3 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 756/17 vom 11.4.2017, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend die Zusammensetzung des Wohnbaukomitees**".

*Sul sito istituzionale della Provincia sono indicate in un'apposita pagina ([http://www.provincia.bz.it/costruire-abitare/servizi.asp?bnsv\\_svid=101-8524](http://www.provincia.bz.it/costruire-abitare/servizi.asp?bnsv_svid=101-8524)) le competenze del Comitato per l'edilizia residenziale. In particolare questo organo "ha il compito di decidere in via definitiva i ricorsi proposti: a) contro le decisioni dell'assessore provinciale all'edilizia abitativa; b) contro le decisioni del direttore della Ripartizione provinciale edilizia abitativa; c) contro le decisioni concernenti il sussidio casa; d) contro le decisioni della Commissione di assegnazione dell'IPES con le quali sono approvate le graduatorie definitive; e) contro i provvedimenti del Presidente dell'IPES". Si tratta quindi di un lodevole ruolo di garanzia al servizio dei cittadini rispetto a disposizione adottate dalla pubblica amministrazione.*

*In questo senso va sottolineato che la maggior parte dei ricorsi (circa la metà) riguarda decisioni della Provincia, in particolare relativamente all'accesso ai contributi per la casa, alle violazioni del vincolo sociale, ma anche contro la mancata approvazione del sussidio casa e più in generale decisioni dell'IPES. Desta quindi perplessità che a comporre il suddetto comitato siano cinque assessori provinciali, chiamati in definitiva a giudicare sui ricorsi mossi contro i loro stessi assessorati o l'IPES.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
impegna la Giunta provinciale*

*a modificare la normativa vigente al fine di modificare la composizione del Comitato per l'edilizia residenziale, con il vincolo di esclusione per i membri del governo provinciale e prevedendo contestualmente l'ingresso a tecnici e avvocati scelti da un apposito elenco pubblico da regolamentare tramite delibera di Giunta, a cui potranno iscriversi professionisti con specifica esperienza nel settore.*

-----

*Auf der eigens eingerichteten Seite der Website des Landes ([http://www.provinz.bz.it/bauen-wohnen/dienstleistungen.asp?bnsv\\_svid=101852](http://www.provinz.bz.it/bauen-wohnen/dienstleistungen.asp?bnsv_svid=101852)) sind die Zuständigkeiten des Wohnbaukomitees angegeben. Dieses Organ hat insbesondere die Aufgabe „endgültig über folgende Beschwerden zu entscheiden: a) gegen die Entscheidungen des Landesrates für Wohnungsbau; b) gegen die Entscheidungen des Direktors der Landesabteilung Wohnungsbau; c) gegen die Entscheidungen betreffend das Wohngeld; d) gegen die Beschlüsse der Zuweisungskommission des Institutes für den sozialen Wohnbau, mit denen die endgültigen Rangordnungen genehmigt werden; e) gegen die Maßnahmen des Präsidenten des Wohnbauinstitutes“. Es handelt sich daher um eine wichtige Garantiefunktion im Dienste der Bürger gegenüber den Bestimmungen der öffentlichen Verwaltung.*

*Hervorzuheben ist, dass der Großteil der Beschwerden (ungefähr die Hälfte) Landesbeschlüsse betrifft, die vor allem den Zugang zur Mietbeihilfe, die Verstöße gegen die Sozialbindung sowie die Nichtgewährung des Wohngeldes und im Allgemeinen Entscheidungen des Wohnbauinstituts zum Gegenstand haben. Dass sich das obengenannte Komitee aus fünf Landesräten zusammensetzt, die endgültig über Beschwerden gegen die eigenen Ressorts oder gegen das Wohnbauinstitut entscheiden sollen, gibt Anlass zu Bedenken.*

*Dies vorausgeschickt,*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

*die geltende Gesetzgebung so abzuändern, dass dem Wohnbaukomitee keine Mitglieder der Landesregierung angehören und gleichzeitig dessen Besetzung mit Fachexperten und Rechtsanwälten vorgesehen wird. Letztere sollten aus einem mit Beschluss der Landesregierung ge-*

*regelten und dafür vorgesehenen Verzeichnis, in dem sich Fachleute mit einschlägiger Berufserfahrung eintragen können, ausgewählt werden.*

La parola al consigliere Köllensperger per l'illustrazione della mozione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Auf Internet kann man nachlesen, wie das Wohnbaukomitee zusammengesetzt ist und welche Zuständigkeiten es hat. Insbesondere geht es um folgende Aufgaben: Endgültig über Beschwerden gegen die Entscheidungen des Landesrates für Wohnungsbau, gegen die Entscheidungen des Direktors der Landesabteilung, gegen die Entscheidungen betreffend das Wohngeld, gegen die Beschlüsse der Zueisungskommission des Institutes, mit denen die Rangordnungen genehmigt werden und gegen die Maßnahmen des Präsidenten des Wobi zu entscheiden. Es handelt sich hier um eine wichtige Garantiefunktion im Dienste der Bürger gegenüber den Bestimmungen der öffentlichen Verwaltung. Ich habe dies auch in einer Anfrage eruiert, wobei in den letzten drei Jahren immerhin 650 solche Beschwerden und Rekurse eingegangen sind. Hervorzuheben ist, dass ein Großteil dieser Beschwerden - ungefähr die Hälfte - Landesbeschlüsse betrifft, die vor allem den Zugang zur Mietbeihilfe, Verstöße gegen die Sozialbindung und die Nichtgewährung des Wohngeldes zum Gegenstand haben. Dass sich das obengenannte Komitee aus fünf Landesräten zusammensetzt, die endgültig über die Beschwerden gegen die eigenen Ressorts oder gegen das Wobi zu entscheiden haben, ist meines Erachtens keine ideale Situation. Die Mitglieder sind Christian Tommasini, Waltraud Deeg, Martha Stocker, Arnold Schuler und Richard Theiner. Nun ist es meine Auffassung, dass sich dieses Wohnbaukomitee idealerweise mehr aus erfahrenen Technikern und Juristen mit spezifischer Berufserfahrung zusammensetzen sollte als mit Mitgliedern der Landesregierung, die sicher keine Beschäftigungstherapie brauchen. Teilweise geht es ja um Rekurse gegen die Entscheidungen des Landesrates. In der Statistik kommen diese immerhin nach den Rekursen gegen Entscheidungen des Präsidenten des Wobi, wobei es 50 bis 87 im Jahr sind. Ich glaube, dass es hier um technische und nicht um politische Entscheidungen geht, und deshalb wäre es angebracht, zumindest einmal darüber zu diskutieren, die Zusammensetzung dieses Komitees so abzuändern, dass im selben nicht mehr Mitglieder der Landesregierung setzen, sondern Fachexperten und Rechtsanwälte mit spezifischer Berufserfahrung. Letztere sollten mit Beschluss der Landesregierung aus einem dafür vorgesehenen Verzeichnis ausgewählt werden.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich glaube, dass dieser Beschlussantrag des Kollegen Köllensperger von unterstützenswerter Bedeutung ist. Er weist auf die Wichtigkeit des Wohnbaukomitees hin, das ein wesentliches Entscheidungs- und Rekursgremium ist, und zwar nicht nur in irgendwelchen Kleinigkeiten, sondern in einer zentralen Funktion und in einem zentralen Bedürfnis der Südtiroler Bürgerinnen und Bürger. Die hohe Zahl der Rekurse, die alljährlich vorliegen, machen schon deutlich, wie wichtig die Rolle des Wohnbaukomitees in diesem Zusammenhang ist. Die Entscheidungen, die von diesem getroffen werden, sind oft existenzieller Natur. Es geht um Wohnrechte, um hohe finanzielle Leistungen und um Eigentumbildung. Deshalb hat das Wohnbaukomitee auf jeden Fall eine wichtige Filterfunktion und eine erhebliche politische Bedeutung. Die politischen Gunsterweise, die das Wohnbaukomitee erlassen kann, haben eine gute Ausstrahlung und sind vor allem im Vorwahlbereich von einiger Bedeutung. Deshalb haben es sich die angeführten Landesräte nicht nehmen lassen, in diesem Komitee zu sitzen. Es ist aber so, dass die Exekutive über Entscheidungen der Exekutive richtet. Deshalb ist der Vorschlag des Kollegen Köllensperger, hier verstärkt Experten zum Zuge kommen zu lassen, durchaus in Ordnung. Man könnte wirklich versuchen, die Mitglieder der Landesregierung entweder gänzlich oder zumindest teilweise auszuschließen und sie mehrheitlich von Experten flankieren zu lassen, sodass Sachentscheidungen zum Zuge kommen. Ich glaube, dass das ein berechtigtes Anliegen ist, das wir in jedem Fall gerne unterstützen.

**NOGLER (SVP):** Den beschließenden Teil dieses Beschlussantrages teile ich nicht. Was hingegen den einleitenden Teil anbelangt, so teile ich diesen sehr wohl und erkenne auch diese Problematik an.

Das Thema haben wir bereits vor zwei Jahren angesprochen, als wir den Gesetzentwurf für Wohnbau eingebracht haben. Dieses Thema spricht auch die Volksanwältin in ihrem letztjährigen Bericht an, nämlich, dass sich die Bürger verschaukelt fühlen, da sie glauben, dass ihr Rekurs von einem unabhängigen Amt überprüft wird. Das ist leider nicht der Fall. Es wäre eigentlich so, dass dieses Komitee eine endgültige Überprüfung der Beschwerden machen müsste, auch gegen das eigene Ressort und gegen das Wohnbau-

institut. Das ist aber leider nicht der Fall, weil im Allgemeinen das Amt die Entscheidung für die Annahme oder Nichtannahme trifft. Dieses Problem wäre sehr wohl zu lösen, weshalb ich den einleitenden Teil des Beschlussantrages teile.

**SCHIEFER (SVP):** Das Anliegen, beim Wohnbaukomitee einiges zu ändern, haben wir ja schon vor zwei Jahren geäußert. Unabhängig davon, was der Kollege Köllensperger im beschließenden Teil schreibt, ist es eine Tatsache, dass das Wohnbaukomitee bei seiner Gründung unter Landesrat Benedikter eine andere Funktion hatte, nämlich jene, die Interessens des Bürgers zu vertreten. Wenn ein Bürger mit der Entscheidung des Amtes ein Problem hatte, dann konnte er an sich eines der Mitglieder des Wohnbaukomitees wenden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass man damals sehr wohl versucht hat, gegen die Interessen und das Gutachten des Amtes eine Lösung zu finden. Das vermisse ich in letzter Zeit, obwohl ich weiß, dass sich jene Mitglieder der Landesregierung, die im Wohnbaukomitee vertreten sind, bemühen, eine Lösung zu finden. Allerdings muss ich auch sagen, dass die Bindung zwischen Landesregierung und Amt sehr eng ist und somit wenig Spielraum zulässt. In den meisten Fällen ist die Entscheidung des Amtes und der Beamten definitiv und wird kaum in Frage gestellt.

**TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** È chiaro che il Comitato per l'edilizia va ripensato. Adesso stiamo procedendo con la proposta di una nuova legge di riforma e io vorrei presentare al Consiglio una legge che non contenga il CER. Spero che la legge nei prossimi mesi possa essere discussa in Consiglio – non dipende solo da me, sarà sovrano il Consiglio – e la mia volontà sarebbe di presentare una proposta di legge che superi – visto che si parla di sburocratizzazione, di una revisione soprattutto dei processi, dei percorsi che non comprenda più l'istituto del CER – chiederei quindi al consigliere se vuole sospendere o presentare in altra forma questa mozione, perché così l'esigenza di ripensare questo strumento, effettivamente è sentita anche da me, la condivido perché i tempi sono cambiati e quindi si va nella direzione di ripensarne lo strumento, però ci stiamo ragionando e i dettagli non li abbiamo ancora, per cui non sarebbe opportuno a mio avviso accogliere o bocciare la mozione. Però mi impegno ad andare in quella direzione. La mia volontà sarebbe di proporre qualcosa che superi questo istituto e poi discuterà naturalmente il Consiglio, per cui chiedo al consigliere di rimandare questo tipo di mozione o comunque ripresentarla in altra forma.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Io resto convinto che comunque una seconda istanza serva e che lo spirito del Comitato di una volta, ai tempi di Benedikter, cioè quello di dare la possibilità a un cittadino senza adire a costosi processi davanti a Tribunali amministrativi, vada prevista.

Dal momento però che, come Lei assessore dice, è in arrivo la nuova legge in tempi un po' più brevi di quelli che immaginavo io, ritengo sensato effettivamente non togliere, ma sospendere questa mozione per vedere se riproporla sotto forma di ordine del giorno allegato alla legge che Lei presenterà per riprendere questa discussione in quella sede, che probabilmente è più opportuna. Quindi chiedo di sospenderla in questa seduta.

**PRESIDENTE:** Va bene. Allora la mozione è sospesa.

Punto 5) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 818/17 dell'8/9/2017, presentata dai consiglieri Tinkhauser, Mair, Blaas, Oberhofer e Zingerle, riguardante diritti di proprietà industriale per le piccole e medie imprese**".

Punkt 5 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 818/17 vom 8.9.2017, eingebracht von den Abgeordneten Tinkhauser, Mair, Blaas, Oberhofer und Zingerle, betreffend gewerbliche Schutzrechte für Klein- und Mittelunternehmen**".

La Provincia autonoma di Bolzano incentiva le esportazioni e l'innovazione delle imprese altoatesine. Si tratta di due colonne portanti dell'economia locale che contribuiscono a garantire e ad aumentare il benessere di questa provincia. Molto importante per le imprese locali è la garanzia che i loro prodotti e la loro proprietà intellettuale non possano essere imitati e copiati.

Le imprese fanno quindi valere i propri diritti di proprietà industriale, la cui concessione, autenticazione e tutela sono sostenute finanziariamente dalla Provincia. Tra questi diritti rientrano anche la registrazione e la tutela dei marchi.

Per le imprese la tutela dei prodotti e della proprietà intellettuale spesso comporta costi elevati. Secondo la delibera n. 511 del 5 maggio 2015 relativa alla legge provinciale 13 dicembre 2006, n. 14, la registrazione e tutela dei marchi nonché i costi interni non possono usufruire di agevolazioni.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

incarica la Giunta provinciale

di apportare le seguenti modifiche all'art. 12 della delibera n. 511 del 5 maggio 2015 relativa alla legge provinciale 13 dicembre 2006, n. 14:

“4. I costi relativi alla registrazione e tutela dei marchi sono ammissibili ad agevolazione.

5. Sono ammessi all'agevolazione i costi interni dell'impresa.”

-----

Das Land Südtirol forciert Export und Innovation der Südtiroler Unternehmen. Beides sind wichtige Säulen der heimischen Wirtschaft, die zum Erhalt und Ausbau des Wohlstandes im Land Südtirol beitragen. Von großer Bedeutung für die heimischen Betriebe ist die Sicherstellung, dass deren Produkte und geistiges Eigentum nicht einfach nachgeahmt und kopiert werden können.

Die Unternehmen greifen dafür auf die Anwendung gewerblicher Schutzrechte zurück, deren Erlangung, Validierung und Verteidigung vom Land monetär gefördert werden. Zu diesen Schutzrechten gehören auch die Eintragung und der Schutz der Marken.

Ebenso entstehen unternehmensintern oft hohe Kosten, die für die Erreichung des Schutzes von Produkten und geistigen Eigentums notwendig sind.

Die Eintragung und Schutz der Marken, sowie diese internen Kosten sind jedoch laut Beschluss vom 5. Mai 2015, Nr. 511 zum Landesgesetz vom 13.12.2006, Nr. 14 nicht förderungsfähig.

Dies vorausgeschickt,

beauftragt

der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

am Art. 12 des Beschlusses vom 5. Mai 2015, Nr. 511 zum Landesgesetz vom 13.12.2006, Nr. 14 folgende Änderungen vorzunehmen:

„4. Die Kosten für die Eintragung von Marken und deren Schutz sind förderungsfähig.

5. Interne Kosten des Unternehmens sind zur Förderung zugelassen.“

La parola al consigliere Tinkhauser per l'illustrazione della mozione.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Das Land Südtirol forciert Export und Innovation der Südtiroler Unternehmen. Beides sind wichtige Säulen der heimischen Wirtschaft, die zum Erhalt und Ausbau des Wohlstandes im Land Südtirol beitragen. Von großer Bedeutung für die heimischen Betriebe ist die Sicherstellung, dass deren Produkte und geistiges Eigentum nicht einfach nachgeahmt und kopiert werden können.

Die Unternehmen greifen dafür auf die Anwendung gewerblicher Schutzrechte zurück, deren Erlangung, Validierung und Verteidigung vom Land monetär gefördert werden. Zu diesen Schutzrechten gehören auch die Eintragung und der Schutz der Marken.

Ebenso entstehen unternehmensintern oft hohe Kosten, die für die Erreichung des Schutzes von Produkten und geistigen Eigentums notwendig sind.

Die Eintragung und Schutz der Marken, sowie diese internen Kosten sind jedoch laut Beschluss vom 5. Mai 2015, Nr. 511 zum Landesgesetz vom 13.12.2006, Nr. 14 nicht förderungsfähig.

*Dies vorausgeschickt,*

*beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

*am Art. 12 des Beschlusses vom 5. Mai 2015, Nr. 511 zum Landesgesetz vom 13.12.2006, Nr. 14 folgende Änderungen vorzunehmen:*

*4. Die Kosten für die Eintragung von Marken und deren Schutz sind förderungsfähig.*

*5. Interne Kosten des Unternehmens sind zur Förderung zugelassen.*

Für viele mag es sich hier um einen technischen Beschlussantrag handeln. Ich glaube, dass Südtirol Unternehmen insofern stark fördert, als es wichtig ist, den Außenhandel und Export zu stärken. In den vergangenen Jahren haben wir im Export große Zuwachsraten gesehen. Im zweiten Quartal des Jahres 2017 konnte der Export um zehn Prozent gesteigert werden.

**PRESIDENTE:** Collega Tinkhauser, chiedo scusa, sospendo brevemente la Sua presa di posizione per recuperare qualche collega della giunta.

Collega Tinkhauser, può continuare.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Vielen Dank, Herr Präsident! Es geht hier um die gewerblichen Schutzrechte für Klein- und Mittelunternehmen. Südtirol hat ja in den vergangenen Jahren viel in den Export und in die Innovation gesetzt. Wir haben gesehen, dass speziell Unternehmen, die auf Export setzen, für Südtirols Wirtschaft sehr wichtig sind, da sie den Außenhandel forcieren. Man hat gesehen, dass die Exportquoten im Verhältnis zu vergangenen Quartalen gestiegen sind. Wenn wir das zweite Quartal dieses Jahres mit jenem des letzten Jahres vergleichen, so konnte die Exportquote um zehn Prozent gesteigert werden. In einigen Bereichen tun sich natürlich Fragezeichen auf. Es ist gut, wenn Export und Innovation gefördert werden, aber aus meiner Sicht müsste man auch eine Förderung vorsehen, dass Markenrechte usw. in fernen Ländern geschützt werden. Wenn wir von China sprechen, so wissen wir, dass es für chinesische Firmen sehr einfach ist, einen Südtiroler Markennamen zu registrieren. Südtirol hat dann keine Chance mehr, unter dem eigenen Markennamen nach China zu exportieren. Das ist nur ein Beispiel, denn es gibt auch viele andere Länder, die sich Markennamen sichern. Ich schlage vor, dass man sich überlegt, die Marken und deren Schutz als förderungswürdig zu erklären, wenn es um Exporttätigkeiten geht.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Geschätzter Kollege Tinkhauser, sehr geehrte Abgeordnete, das Amt für Innovation, Forschung und Entwicklung finanziert im Rahmen der Anwendungsrichtlinie vom 5. Mai 2015, Nr. 511 zum Landesgesetz 14/2006, verschiedene Maßnahmen betreffend die Forschung und Innovation der Südtiroler Unternehmen. Die vorgesehenen Fördermaßnahmen decken die gesamte Bandbreite der Forschung und Entwicklung, von der Idee bis zum markenreifen Produkt. Eine dieser Maßnahmen betrifft die Förderung der gewerblichen Schutzrechte. Dabei ist es ein konkretes Anliegen der Landesregierung, die Unternehmen auch bei der Patentierung von neuen Ideen und Erfindungen in Bezug auf Prozesse, Produkte und Dienstleistungen zu unterstützen. Aufgrund der zunehmend schnelllebigen Entwicklungszeiten und sich daraus ergebenden Kurzlebigkeit von Erfindungen ziehen es aber viele Unternehmen vor, auf die kontinuierliche Weiterentwicklung von Produkten zu setzen. Die Patentierung von Produkten wird oft zweitrangig. Diese Entscheidung hängt jeweils von den Einschätzungen der Unternehmen oder Erfinder selbst ab. Themenspezifische Informationsveranstaltungen, die regelmäßig angeboten werden, dienen Unternehmen als Entscheidungshilfe, indem sie über die Vorteile, Risiken und über die richtige Vorgehensweise bei der Patentierung von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen aufgeklärt werden. Wir unterstützen auch diese Informationsveranstaltungen, weil wir Unternehmen durchaus animieren möchten, von diesen Schutzrechten Gebrauch zu machen.

Die Landesförderung von Handelsmarken ist keine Priorität in der Innovations- und Forschungsförderung, da es sich in diesem Fall nicht um eine komplexe und risikoreiche Entwicklungsarbeit der Unternehmen handelt. Diese Einschränkung ist vor dem Hintergrund sinkender Haushaltsmittel, was auch was den Bereich Innovation betrifft, gerechtfertigt. Wir haben im Bereich der Handelsmarken nicht die Problematik eines großen Risikos, denn es ist die Entscheidung eines Unternehmens, diese zu schützen. Wenn es für das Unternehmen ein Business-Konzept gibt, das einen Markenschutz rechtfertigt, dann fallen die Kosten nur relativ ins Gewicht. Das andere Thema wäre der vorsorgliche Schutz von Marken, ohne zu wissen, ob es



in den betreffenden Ländern einen Markt dafür gibt. Das können wir nicht fördern, denn wenn wir das fördern würden, dann würde es jede Menge Anträge geben, alles überall zu schützen.

Was die förderungswürdigen Kosten der vorher genannten Anwendungsrichtlinie betrifft, muss sich die Landesverwaltung an die Vorgaben der Freistellungsverordnung der EU Nr. 651 vom 17. Juni 2014 halten. Diese legt die höchst zulässige Förderhöhe von zulässigen Ausgaben auf 50 Prozent fest. Diese Grenze müssen wir einhalten. Die Kostenarten, die zur Förderung zugelassen sind, können laut Freistellungsverordnung der EU ausschließlich externe bzw. in Rechnung gestellte Ausgaben betreffen. Das Anliegen ist also durchaus verständlich, denn sehr oft handelt es sich um interne Kosten. Allerdings erlaubt die Freistellungsverordnung der EU die Förderung dieser Kosten nicht, weil das natürlich Tür und Tor für Missbrauch öffnen könnte. Deshalb ist das von vorneherein ausgeschlossen: Es müssen externe Kosten sein.

Deshalb lehnen wir diesen Beschlussantrag ab.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Herr Landeshauptmann, vielleicht könnte man es so aufbauen, dass man sagt, was für Südtirols Wirtschaft strategisch wichtig wäre und in welche Länder wir gerne exportieren würden. Wir wissen, dass China für den Wintermarkt sehr interessant ist. Man könnte also beispielsweise andeuten, diesen Markenschutz zu unterstützen.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sulla mozione. Apro la votazione: respinta con 12 voti favorevoli, 18 voti contrari e 1 astensione.

Passiamo al punto 6) all'ordine del giorno, mozione n. 824/17.

Consigliera Oberhofer, prego.

**OBERHOFER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! In Absprache mit dem zuständigen Landesrat hat sich herausgestellt, dass im beschließenden Teil eine kleine Änderung vorgenommen werden muss. Deshalb ersuche ich Sie, die Behandlung dieses Beschlussantrages auf morgen zu vertagen.

**PRESIDENTE:** Va bene.

Punto 8) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 830/17 del 13/10/2017, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante nell'ottica della trasparenza bisogna continuare a pubblicare in anticipo l'ordine del giorno delle sedute della Giunta provinciale**".

Punkt 8 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 830/17 vom 13.10.2017, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Foppa, betreffend im Sinne von Transparenz: Die Tagesordnung der Landesregierung soll weiterhin vor jeder Sitzung veröffentlicht werden**".

*Nelle sedute della Giunta provinciale, che si tengono ogni martedì, si prende tutta una serie di decisioni importanti che, partendo dai dipartimenti dei singoli assessori e delle singole assessore, toccano numerosi settori e ambiti normativi. Anche se il numero di delibere non è più quello dei tempi di Durnwalder, la quantità resta comunque impressionante e fornisce indicazioni importanti per quanto riguarda l'amministrazione, lo sviluppo e la politica di spesa della provincia di Bolzano.*

*Alla società civile, agli interessati e alle parti coinvolte a vario titolo, l'ordine del giorno praticamente completo pubblicato alcuni giorni prima della seduta di Giunta ha sempre fornito in anticipo preziose informazioni. Per gli stessi componenti della Giunta provinciale, ma anche per le cittadine e i cittadini, per l'amministrazione e per le associazioni era il modo per conoscere qualche giorno prima le decisioni imminenti, di organizzarsi di conseguenza e se necessario reagire tempestivamente.*

*Questa possibilità non c'è più, perché la Giunta ha da poco deciso di pubblicare l'ordine del giorno all'inizio delle sedute, di modo che il contenuto delle delibere e le decisioni prese dalla Giunta siano annunciati dalle assessore e dagli assessori solo a giochi fatti. È vero che può anche risultare seccante per la Giunta doversi confrontare con commenti e prese di posizione prima delle sedute, ma più che i fastidi di questi interventi dovrebbero contare i vantaggi di un'informazione tempestiva. L'attività della Giunta non dovrebbe essere presentata solo e sol-*

*tanto a cose avvenute, ma anche attraverso l'ordine del giorno pubblicato in anticipo, visto che il lavoro della Giunta e le delibere ad esso connesse sono un elemento essenziale nell'impostazione e configurazione della politica nella nostra provincia.*

*Sulla base di queste considerazioni*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
impegna la Giunta provinciale*

- 1. a continuare a rendere noto in anticipo, quindi almeno il giorno prima della seduta, con il dovuto rilievo e in modo trasparente, l'ordine del giorno con le delibere della Giunta provinciale;*
- 2. a pubblicare per tempo, e prima del giorno fissato per la seduta, l'ordine del giorno sulla rete civica della Provincia, come avveniva fino a poco tempo fa.*

-----

*Auf den Sitzungen der Landesregierung, die an jedem Dienstag stattfinden, fällt durchgehend eine Reihe wichtiger Entscheidungen, die quer durch die Ressorts der einzelnen Landesräte jeweils viele Fach- und Regelungsbereiche betreffen. Zwar sind es nicht mehr so viele Beschlüsse wie in der Ära Durnwalder, dennoch ist deren Fülle nach wie vor beeindruckend und liefert für die Verwaltung, die Entwicklung und Ausgabenpolitik Südtirols eine grundlegende Schnittstelle.*

*Daher war es für die Öffentlichkeit, für Betroffene und Beteiligte stets eine wichtige Vorab-Information, dass die Tagesordnung wenige Tage vorher in bereits ziemlich lückenloser Ausfertigung vorlag. Damit konnten sich die Regierungsmitglieder selbst, aber auch Bürgerinnen, Bürger, Administration und Verbände im Vorfeld über demnächst anstehende Entscheidungen informieren, sich entsprechend einstellen und bei Bedarf auch prompt reagieren.*

*Diese Möglichkeit wurde aber nun kassiert, da die Landesregierung vor kurzem beschlossen hat, die Tagesordnungen erst ad hoc jeweils zu Beginn der Sitzungen zu veröffentlichen, so dass über die Landesrätinnen und -räte hinaus eine größere Öffentlichkeit erst nach getroffenem Beschluss über Inhalt und Entscheidungen der Beschlüsse im Bilde sein wird. Nun mag es gewiss mitunter lästig sein, wenn die Regierung im Vorfeld der Sitzungen mit Interventionen und Stellungnahmen behelligt wird, wesentlicher als die Nachteile solcher Zurufe sind jedoch allemal die Vorteile zeitgerechter Information. Auch das Aktionsfeld der Landesregierung sollte nicht erst als vollzogene Tatsache präsentiert werden, sondern auch als im Vorfeld sichtbare Tagesordnung, da die Regierungsarbeit und die damit verbundenen Beschlüsse zu wesentlichen Gestaltungselementen der Südtiroler Politik gehören.*

*Unter diesen Überlegungen*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

- 1. die Tagesordnung der Beschlüsse der Regierung weiterhin im Vorfeld der Sitzung zumindest bereits am Vortag evident und transparent zu halten;*
- 2. die Tagesordnung wie bisher im Bürgernetz des Landes zeitgerecht vor Sitzungstag zu publizieren.*

La parola al consigliere Heiss per l'illustrazione della mozione.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! Ich verlese zunächst den Beschlussantrag, der relativ einsichtig ist. Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen aber doch um Aufmerksamkeit.

*Auf den Sitzungen der Landesregierung, die an jedem Dienstag stattfinden, fällt durchgehend eine Reihe wichtiger Entscheidungen, die quer durch die Ressorts der einzelnen Landesräte jeweils viele Fach- und Regelungsbereiche betreffen. Zwar sind es nicht mehr so viele Beschlüsse wie in der Ära Durnwalder, dennoch ist deren Fülle nach wie vor beeindruckend und liefert für die Verwaltung, die Entwicklung und Ausgabenpolitik Südtirols eine grundlegende Schnittstelle.*

*Daher war es für die Öffentlichkeit, für Betroffene und Beteiligte stets eine wichtige Vorab-Information, dass die Tagesordnung wenige Tage vorher in bereits ziemlich lückenloser Ausfertigung vorlag. Damit konnten sich die Regierungsmitglieder selbst, aber auch Bürgerinnen, Bürger, Administration und Verbände im Vorfeld über demnächst anstehende Entscheidungen informieren, sich entsprechend einstellen und bei Bedarf auch prompt reagieren.*

*Diese Möglichkeit wurde aber nun kassiert, da die Landesregierung vor kurzem beschlossen hat, die Tagesordnungen erst ad hoc jeweils zu Beginn der Sitzungen zu veröffentlichen, sodass über die Landesrätinnen und -räte hinaus eine größere Öffentlichkeit erst nach getroffenem Beschluss über Inhalt und Entscheidungen der Beschlüsse im Bilde sein wird. Nun mag es gewiss mitunter lästig sein, wenn die Regierung im Vorfeld der Sitzungen mit Interventionen und Stellungnahmen behelligt wird, wesentlicher als die Nachteile solcher Zurufe sind jedoch allemal die Vorteile zeitgerechter Information. Auch das Aktionsfeld der Landesregierung sollte nicht erst als vollzogene Tatsache präsentiert werden, sondern auch als im Vorfeld sichtbare Tagesordnung, da die Regierungsarbeit und die damit verbundenen Beschlüsse zu wesentlichen Gestaltungselementen der Südtiroler Politik gehören.*

*Unter diesen Überlegungen*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung,*

- 1. die Tagesordnung der Beschlüsse der Regierung weiterhin im Vorfeld der Sitzung zumindest bereits am Vortag evident und transparent zu halten;*
- 2. die Tagesordnung wie bisher im Bürgernetz des Landes zeitgerecht vor Sitzungstag zu publizieren.*

Es ist eine relativ bescheidene Forderung, die wir hier in den Raum stellen. Diese Umstellung ist ja erst vor einem knappen Monat erfolgt. Ein Jahr vor den Landtagswahlen sind die Schotten dicht, wie die "Dolomiten" geschrieben hat, und die Information kommt erst am selben Tag heraus. Damit ist für die Landesregierung die Unsichtbarkeit der Entscheidungen im Vorfeld gewährleistet. Die Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, was auf sie zukommt, und die Landesregierung schießt gewissermaßen aus der Hüfte heraus und entscheidet. Das ist ein für die Landesregierung komfortableres Vorgehen, aber für die Bürgerinnen und Bürger, die sich auf Entscheidungen einstellen und vielleicht auch prompt reagieren können, wäre das eine wichtige Entscheidung der Vorabinformation. Uns erschiene es also erfreulich, wenn dem Rechnung getragen würde. Wir ersuchen die Landesregierung, dieser sehr bescheidenen Forderung nachzukommen und den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Landesregierung im Sinne der von Landeshauptmann Kompatscher zu Beginn seiner hoffentlich noch langen Ära ausgerufenen Transparenz fortzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass das Interesse vielleicht größer sein wird als die Zustimmung, aber wir hoffen trotzdem darauf.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Geschätzter Kollege Heiss, ich bedanke mich für diesen sehr nüchternen und gelassenen Vortrag zu diesem Thema. Mich hat es letzthin schon gestört, wenn immer wieder gesagt wurde, dass zwar Transparenz angekündigt worden, aber nichts in der Hinsicht geschehen sei. Ich darf darauf verweisen, dass wir sehr viele Maßnahmen gesetzt haben, die genau in diese Richtung gehen, nämlich die Verwaltung bürgernäher und transparenter zu gestalten. Jüngst hat es diesen Vorwurf auch in Zusammenhang mit dem Sammeln von Unterschriften beim Volksbegehren gegeben, weil die zuständigen Landesämter festgestellt haben, dass Lehrpersonen nicht zum Sammeln von Unterschriften autorisiert werden können, weil es ein einschlägiges Urteil des Staatsrates mit Bezug auf Südtirol gibt, das feststellt, dass diese Unterschriften ungültig sind. Diese Kategorie von öffentlichen Bediensteten sei nicht unter den staatlichen Bestimmungen vorgesehen. Das war der Grund für die Ablehnung. Was war sogleich die öffentliche Meldung? Diese Regierung, die soviel für Partizipation und Transparenz angekündigt hat, sei undemokratisch. Im Gegenteil, durch diese Maßnahme schützt man das Vorhaben Volksbegehren. Sonst wären die Unterschriften ungültig. Das betrifft jetzt nicht die Grüne Fraktion, aber ich wollte nur sagen, dass man schon bei den Fakten bleiben und nicht immer die Keule schwingen sollte.

Keiner von uns hat ein Problem mit der Transparenz. Ich würde darum ersuchen, die Behandlung des Beschlussantrages auszusetzen. Wir werden das wieder machen, müssen aber schauen, wie wir damit umgehen, das heißt, dass nicht am Tag vorher Ämter lahmgelegt werden, weil alle möglichen Leute anrufen und noch intervenieren wollen. Das ist das Problem, das entstanden ist. Es ging nicht darum, dass wir etwas zu verstecken hätten. Die Beschlüsse haben in der Regel ja eine sehr lange Vorlaufzeit. Es gibt kaum Be-

schlüsse, die nicht vorher einen partizipativen Moment hatten. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir das wieder am Montag veröffentlichen werden. Es kann aber nicht sein, dass das die Arbeit über Maßen erschwert.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Landeshauptmann! Das ist eine erfreuliche Präzisierung. Ich glaube auch, dass es Sinn macht, wenn es gelingen würde, am Vortag eine Veröffentlichung zu erzielen. Damit wäre allen gedient. Es müssen gewisse Formen der Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld gefunden werden. Es passiert ja nicht ständig, dass dieses Trommelfeuer einsetzt, aber mitunter entsteht natürlich schon ein gewisser Druck. Ich glaube schon, dass es im Interesse beider Parteien ist, wenn eine Publikation im Vorfeld geschieht. Das wäre ein passabler Kompromiss.

Wir nehmen dies zur Kenntnis, und deshalb würde ich die weitere Behandlung des Beschlussantrages aussetzen. In zwei Monaten ist man vielleicht zu einer Entscheidungsreife gelangt. Ganz möchten wir die Rute nicht aus dem Fenster nehmen, weshalb wir diesen Beschlussantrag weiterhin im Raum lassen.

Sospendiamo la mozione per ora, ma comunque ci riserviamo di rientrare con la stessa o un'alternativa versione tra due mesi.

**PRESIDENTE:** Va bene.

Allora la mozione è sospesa.

Punto 9) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 831/17 del 17/10/2017, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante assegnazione alloggi IPES e contributi: tavolo consiliare**".

Punkt 9 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 831/17 vom 17.10.2017, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Arbeitsgruppe im Landtag über WOBI-Wohnungen und entsprechende Beiträge**".

*Premesso che a breve ci troveremo con troppe assegnazioni di alloggi IPES agli stranieri e tra quelli con cittadinanza italiana la maggior parte dei richiedenti e assegnatari saranno cittadini con un percorso migratorio. Si tratta per esempio di cittadini marocchini, pakistani e albanesi che appartengono alle tre comunità maggiormente presenti in provincia. Considerato che saranno gli autoctoni a restare esclusi da un sistema di welfare cieco, scaturito da vecchie leggi, inadatte oggi al supporto di quella tradizionale classe media che finora lo ha rappresentato l'ossatura sana della nostra provincia.*

*Considerata la necessità di un'inversione di tendenza nell'assegnazione delle case IPES. Premesso che anche nelle valli c'è chi aspetta anni per avere un alloggio IPES e il numero di domande di assegnazione per un alloggio IPES da parte di cittadini stranieri o nuovi cittadini con un percorso migratorio superano di gran lunga le liste di cittadini con più di trent'anni di residenza.*

*Considerato il cambiamento dei tempi e che parallelamente anche il sistema deve cambiare. Premesso che non è pensabile affrontare l'emergenza casa e l'integrazione come si faceva negli anni settanta.*

*Considerato che l'attuale normativa provinciale, nella sua parte fondamentale è vecchia e va cambiata. Premesso che ogni soluzione va considerata prima di essere scartata, compresa quella di un taglio a tutti i contributi nell'ottica di ricominciare da capo. Considerata la necessità di un impianto legislativo nuovo e che lo stesso si debba poter chiudere entro questa legislatura. Considerato che sia necessario un tavolo speciale, ove tutti ne possano far parte e che esso debba poter essere trasversale ai partiti e ai gruppi consiliari.*

*Premesso che non è in questione l'accoglienza. Considerato che per chi arriva ci sono molte altre soluzioni, come ad esempio le caserme che possono essere riadattate. Premesso che il servizio offerto dalla nostra protezione civile provinciale è di ottimo livello. Considerato che la provincia di Bolzano si distingue in tutta Europa per il proprio modello di militanza al volontariato. Considerato che questa ambito debba poter rimanere attivo anche e soprattutto in favore di tutti ma in particolare senza dimenticare le priorità per la popolazione autoctona.*

*Considerato che non possiamo regalare le case senza chiedere nulla in cambio, mentre chi vive qui da trent'anni potrebbe sentirsi abbandonato.*

*Premesso che anche tutto il sistema contributivo a favore dei cittadini vada studiato e rivisto in modo radicale.*

*Premesso che per ogni scelta servono dati precisi e risposte altrettanto concrete per poter avviare uno studio accurato. Premesso che le soluzioni debbano poter andare nella direzione di un cambiamento tenendo presente l'importanza di continuare a sostenere chi è nato in provincia di Bolzano.*

*Tutto ciò premesso*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
invita la Giunta provinciale*

*ad attivare un tavolo trasversale, rappresentato da tutti i gruppi consiliari, per lo studio e l'approvazione di una nuova normativa in tema di assegnazione alloggi IPES e contributi ai cittadini.*

-----

*In Kürze wird es so weit sein, dass zu viele WOBI-Wohnungen Ausländern zugewiesen werden; gleichzeitig wird die Mehrheit der Antragstellenden bzw. Mieter italienischer Staatsbürgerschaft einen Migrationshintergrund haben. Diese Bürger und Bürgerinnen stammen vor allem aus Marokko, Pakistan oder Albanien, den drei größten in Südtirol lebenden ausländischen Gemeinschaften. Die Einheimischen werden aus diesem blinden, Welfaresystem ausgeschlossen sein, einem System, das auf veralteten Gesetzen fußt und nicht mehr in der Lage ist, den Mittelstand, der bisher das Rückgrat unseres Landes war, zu unterstützen.*

*Bei der Zuweisung der WOBI-Wohnungen braucht es unbedingt eine Wende. Auch in den Tälern warten Menschen jahrelang auf eine WOBI-Wohnung. Mittlerweile übersteigt die Anzahl der Ansuchen durch Ausländer oder neue Bürger mit Migrationshintergrund weitaus jene der Einheimischen, die schon seit über 30 Jahren ansässig sind.*

*Die Zeiten haben sich geändert und das System muss dieser Tatsache Rechnung tragen. Es ist undenkbar, das Problem der Wohnungsnot und der Integration mit einem System, das auf die 70er Jahre zurückgeht, lösen zu wollen.*

*Die derzeitigen Landesbestimmungen sind überholt und müssen daher abgeändert werden. Dabei ist es wichtig, alle Möglichkeiten zu berücksichtigen, auch jene, die eine gänzliche Streichung der Beiträge in Betracht ziehen, um das System von Grund auf zu erneuern. Es ist dringend notwendig, noch in dieser Legislatur eine neue Regelung auszuarbeiten. Dafür braucht es eine Arbeitsgruppe, an der alle teilnehmen können und die auch von allen Parteien und Landtagsfraktionen mitgetragen wird.*

*Die Aufnahmepolitik wird dabei nicht in Frage gestellt. Für die Migranten gibt es viele andere Lösungen, z. B. könnten die Kasernen umgestaltet werden. Südtirol verfügt über ein hervorragendes Zivilschutzsystem und unser Land zeichnet sich in ganz Europa durch sein gut funktionierendes Ehrenamt aus. Dieses Netz an freiwilligen Vereinen soll auch in Zukunft für alle, aber vor allem für die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung aufrecht bleiben.*

*Es inakzeptabel, Wohnungen kostenlos zur Verfügung zu stellen ohne eine Gegenleistung zu fordern und jenen, die seit 30 Jahren hier wohnen, das Gefühl zu vermitteln, dass sie sich selbst überlassen sind.*

*Das gesamte Beitragssystem muss im Sinne der Bürger überdacht und überarbeitet werden.*

*Für jede Entscheidung braucht es genaue Daten und konkrete Antworten, um die Situation tiefgründig zu analysieren. Die Lösungen sollten eine Änderung der derzeitigen Lage herbeizuführen, wobei weiterhin die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung im Vordergrund stehen soll.*

*All dies vorausgeschickt,*

*fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,*

*eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe im Landtag einzurichten, in welcher alle Landtagsfraktionen vertreten sind und die mit der Ausarbeitung und der anschließenden Verabschiedung*



*neuer Bestimmungen zwecks Zuweisung von WOBI-Wohnungen und Gewährung von Beiträgen beauftragt wird.*

La parola alla consigliera Artioli per l'illustrazione della mozione.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** *Premesso che a breve ci troveremo con troppe assegnazioni di alloggi IPES agli stranieri e tra quelli con cittadinanza italiana la maggior parte dei richiedenti e assegnatari saranno cittadini con un percorso migratorio. Si tratta per esempio di cittadini marocchini, pakistani e albanesi che appartengono alle tre comunità maggiormente presenti in provincia. Considerato che saranno gli autoctoni a restare esclusi da un sistema di welfare cieco, scaturito da vecchie leggi, inadatte oggi al supporto di quella tradizionale classe media che finora lo ha rappresentato l'ossatura sana della nostra provincia.*

*Considerata la necessità di un'inversione di tendenza nell'assegnazione delle case IPES. Premesso che anche nelle valli c'è chi aspetta anni per avere un alloggio IPES e il numero di domande di assegnazione per un alloggio IPES da parte di cittadini stranieri o nuovi cittadini con un percorso migratorio superano di gran lunga le liste di cittadini con più di trent'anni di residenza.*

*Considerato il cambiamento dei tempi e che parallelamente anche il sistema deve cambiare. Premesso che non è pensabile affrontare l'emergenza casa e l'integrazione come si faceva negli anni settanta.*

*Considerato che l'attuale normativa provinciale, nella sua parte fondamentale è vecchia e va cambiata. Premesso che ogni soluzione va considerata prima di essere scartata, compresa quella di un taglio a tutti i contributi nell'ottica di ricominciare da capo. Considerata la necessità di un impianto legislativo nuovo e che lo stesso si debba poter chiudere entro questa legislatura. Considerato che sia necessario un tavolo speciale, ove tutti ne possano far parte e che esso debba poter essere trasversale ai partiti e ai gruppi consiliari.*

*Premesso che non è in questione l'accoglienza. Considerato che per chi arriva ci sono molte altre soluzioni, come ad esempio le caserme che possono essere riadattate. Premesso che il servizio offerto dalla nostra protezione civile provinciale è di ottimo livello. Considerato che la provincia di Bolzano si distingue in tutta Europa per il proprio modello di militanza al volontariato. Considerato che questa ambito debba poter rimanere attivo anche e soprattutto in favore di tutti ma in particolare senza dimenticare le priorità per la popolazione autoctona.*

*Considerato che non possiamo regalare le case senza chiedere nulla in cambio, mentre chi vive qui da trent'anni potrebbe sentirsi abbandonato.*

*Premesso che anche tutto il sistema contributivo a favore dei cittadini vada studiato e rivisto in modo radicale.*

*Premesso che per ogni scelta servono dati precisi e risposte altrettanto concrete per poter avviare uno studio accurato. Premesso che le soluzioni debbano poter andare nella direzione di un cambiamento tenendo presente l'importanza di continuare a sostenere chi è nato in provincia di Bolzano.*

*Tutto ciò premesso*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita la Giunta provinciale ad attivare un tavolo trasversale, rappresentato da tutti i gruppi consiliari, per lo studio e l'approvazione di una nuova normativa in tema di assegnazione alloggi IPES e contributi ai cittadini.*

*È inutile fare finta che questa cosa non sia sentita dalla popolazione e bisogna finalmente studiarci un modo per proteggere chi è qui da sempre, prima di continuare a foraggiare chi è arrivato dopo.*

**TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Vale un po' quello che abbiamo detto per la mozione precedente, ovvero la legge è in revisione. Ora noi siamo in una situazione molto diversa rispetto a quella dell'emergenza di qualche anno fa e quindi non possiamo paragonarla, però d'altra parte la società è molto cambiata effettivamente e nel cambiamento della società ci sono molte più esigenze. Non solo i nuovi cittadini, rispetto ai quali ci sono comunque anche norme specifiche, ma anche la composizione familiare, quindi in questo momento – sempre riferendosi alla nuova legge – noi vorremmo potenziare anche gli strumenti di analisi rispetto all'evoluzione della società per capire sempre di più non tanto l'emergenza conclamata ma il trend di cambiamento della società, in modo da poter intervenire in maniera più adeguata a questi trend di cambiamento che sono molto veloci.

Questa è la ragione per cui non vorremmo istituire adesso un tavolo, ma vorremmo dotare la nuova legge degli strumenti per poter sostenere, intervenire e regolare questo tipo di esigenza. La legge nella

forma attuale ha esaurito la sua fase, perché era stata costruita sulle premesse di una società che nel frattempo è cambiata in vari sensi: spesso parliamo anche delle mamme sole, dei padri separati o di divorziati, insomma ci sono categorie della società che venti o trent'anni fa erano molto diverse, i giovani con le loro aspettative e l'uscita di casa e che in tutto il mondo occidentale sono cambiate.

Quindi vogliamo inserire nella nuova legge i nuovi strumenti per affrontare questi cambiamenti, pertanto rimanderei la discussione per qualche mese ed eviterei di fare un tavolo sulla base di questa legge, ma ragionerei sul dotare la nuova legge degli strumenti per.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Sospendo la mozione e chiedo all'assessore se prima di portare il testo di legge fa una riunione trasversale con tutti i gruppi consiliari, in cui possiamo studiarcelo tutti insieme.

**PRESIDENTE:** Va bene.

La mozione è sospesa.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

*Grazie la seduta è chiusa.*

**Ore 17.52 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (6, 7, 13)  
ARTIOLI (16, 17, 18, 19, 24, 25, 40, 41)  
ATZ TAMMERLE (28)  
BLAAS (29)  
DEEG (16)  
DELLO SBARBA (4, 5)  
FOPPA (8, 9)  
HEISS (19, 20, 31, 36, 38)  
KÖLLENSPERGER (6, 7, 14, 15, 22, 24, 31, 32)  
KOMPATSCHER (22, 34, 37)  
MAIR (1, 2, 20, 27)  
MUSSNER (3)  
NOGGLER (3, 4, 31)  
OBERHOFER (35)  
PÖDER (5, 6, 10, 12, 15, 28)  
SCHIEFER (32)  
SCHULER (8, 9, 14, 21)  
STOCKER M. (4, 5, 11, 13, 14, 15, 17, 20, 23, 24, 28, 29)  
THEINER (7, 20, 25)  
TINKHAUSER (33, 34, 35)  
TOMMASINI (1, 17, 18, 19, 32, 40)  
URZÌ (18, 19)  
WURZER (12, 13, 21)  
ZIMMERHOFER (6, 13, 14, 22, 27, 29)  
ZINGERLE (7, 8)